Hans Müller
Stettener Str. 22
74080 Heilbronn

Heilbronn, 26.11.2025

MAGA – „Make America Great Again“ – Die Vorstufe zur Autokratie in Amerika?

Inhaltsübersicht

Prolog eines Enttäuschten
Einleitung
Der Traum einer MAGA-Aktivistin
Die Trump-Ikone Marjorie Taylor Greene wirft hin
Der Kongress wird zur Nebensache – Trump greift die Checks and Balances an
Rechts- und Verfassungsfragen zu den Militäreinsätzen
Drogenherkunftsländer in Südamerika
Es geht um mehr als nur um Drogenschmuggel
Sicher ist sicher: Trump soll zum Töten im Drogenkrieg offizielle ermächtigt werden
Wer ist verantwortlich für die Tötungen? – Kann Trump dafür zur Rechenschaft gezogen werden?
Die Karibik ist zum gefährlichen Meer geworden
Der Shutdown hilft Donald Trump, die Legislative zu schwächen
Donald Trumps kleine und große Schritte, mehr Entscheidungsmacht ins Weiße Haus zu holen
Ein weiteres Beispiel wie Trump an den Rechten der Legislative schnippelt
Das Weiße Haus untergräbt die Rechte des Kongresses – Die Republikaner lassen es geschehen
Warum akzeptieren die Republikaner Trumps „Power Grab“?
Doch dann kamen mehrere Wahlschlappen für Trump
Trump lässt am Wahlverfahren „operieren“
Gerrymandering – Das Wundermittel, um Wahlen zu gewinnen
Die USA – Ein Land und eine Gesellschaft im Dauerstress
Sind die USA auf dem Weg in eine Autokratie?

Prolog eines Enttäuschten

Amerika –- einst schallte dein Ruf in alle Welt: Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. In der Verfassung von 1787 hat das Volk der Vereinigten Staaten gelobt, den Bund zu vervollkommnen, die Gerechtigkeit zu verwirklichen … und das Glück der Freiheit uns selbst und unseren Nachkommen zu bewahren.

Am Sockel der Freiheitsstatue im Hafen von New York grüßt ein Versprechen die neu Ankommenden:

„Give me your tired, your poor,
Your huddled masses
Yearning to breath free"

"Gebt mir eure Müden, eure Armen,
Eure zusammengekauerten Massen,
Die sich danach sehnen, frei zu atmen"

(Text: Wkipedia; Stichwort „Statue of Liberty/Freiheitsstatue")

Doch es scheint mir, das Versprechen gilt nicht mehr. Neu Ankommende sind nicht mehr willkommen. Das Versprechend ist verfallen. Amerika ist träge geworden und das Interesse an der Welt und seinen Menschen, auch das Interesse an Bildung und Kultur, ist schwach geworden. Viele Amerikaner scheinen zurückkehren zu wollen in die vermeintlich gute alte Zeit und den American Way of Life. Er hat in Wirklichkeit wohl nie für alle existiert. Amerika ist dabei, sich zu einem Land der Biederkeit und Selbstgefälligkeit zu verzwergen, abgekapselt vom Rest der Welt.

Einleitung

„Checks and Balances" ist ein immer wieder genanntes Zauberwort in der amerikanischen Verfassungsgeschichte. Die häufig zitierten Gründerväter haben versucht, in die Verfassung Kontrollmechanismen einzubauen, um eine Machtbalance im Staat zu schaffen, damit keine der Gewalten – insbesondere die Exekutive und der Präsident – übermächtig wird. Durch Checks and Balances, der gegenseitigen Kontrolle und Ausbalancierung der Macht, sollte das Prinzip der Gewaltenteilung festgeschrieben und abgesichert werden. Die Vereinigten Staaten sollten eine Republik sein und kein Königreich. Hatten sie doch in einem acht Jahre dauernden Krieg ihre Unabhängigkeit vom Königreich Großbritannien erkämpft. Noch heute wird in Amerika zitiert, was Benjamin Franklin 1787 antwortete, als er gefragt wurde, was die Verfassung dem Land bringen werde, eine Republik oder eine Monarchie. Franklin antwortete: „A Republic, if you can keep it." (Eine Republik, wenn ihr sie bewahren könnt").

Aus dieser Antwort war schon damals die Sorge herauszuhören, dass die in der Verfassung verankerte, staatlich Ordnung nicht unangetastet fortbestehen würde. Benjamin Franklin und die Gründerväter der USA mögen schon vor 238 Jahren geahnt haben, was später in Amerika immer wieder geschah. Manch spätere Präsidenten – ob Demokraten oder Republikaner – haben versucht, die Balances, das Gleichgewicht der Macht, zu ihren Gunsten zu verändern.

Donald Trump war und ist dabei einer der Aktivsten. Der Bewunderer der Autokraten der Welt hat ganz offen über die Aussetzung von Teilen der Verfassung fabuliert und tut seit Beginn seiner zweiten Amtszeit alles, um eine stärkere Machtposition im Staatsgefüge zu erreichen.

Eine seiner Zauberformeln ist dabei der Begriff „Nationaler Notstand". Die New York Times berichtet, dass Trump während der ersten sieben Monate seiner zweiten Amtszeit neun verschiedene nationale Notstände erklärt hat, um damit hunderte Aktionen und Verfügungen seiner Regierung zu stützen. So erklärte Trump zum Beispiel den „Einwanderungsnotstand" und einen „Notstand an der Südgrenze" sowie den „Drogennotstand", um damit die umfassenden Maßnahmen zur Schließung der Grenze zu Mexiko und die Abschiebung von so genannten Gang- und Drogenkartell-Mitgliedern zu rechtfertigen. Den Einsatz der Nationalgarde und des Militärs in Washington D.C. begründete er mit einem „Verbrechensnotstand" und mit einem „Nationalen Energienotstand" wurde die Wiederaufnahme und Ausweitung der Kohleförderung auf Regierungsland untermauert. Das ökonomisch zweifelhafte System weltweiter Zölle in völlig unterschiedlicher Höhe stütze Trump auf einen „Notstand in der Handelsbilanz".

All diese Maßnahmen hätten nach Auffassung der Experten der New York Times der Zustimmung des Kongresses bedurft. Die Trump'sche Zollpolitik steht deshalb auf unsicherem Grund, da die gegen die Zölle eingereichten Klagen noch nicht abgeschlossen sind. Ein Bundesberufungsgericht hat am 29.8.25 ausdrücklich festgestellt, dass die Mehrzahl der weltweit verhängten Strafzölle nicht legal seien, da der Präsident nicht grenzenlos berechtigt sei, Zölle auf nahezu alle Importe in die USA zu verhängen. Allerdings hat das Gericht die Rechtskraft dieser Entscheidung zunächst bis Mitte Oktober 2025 ausgesetzt, um der Regierung die Möglichkeit der Berufung beim Supreme Court zu geben. Dort ist das Verfahren inzwischen angelaufen.

Ted Murphey, ein Experte für internationalen Handel der Internationalen Anwaltskanzlei Sidley Austin (mit Hauptsitz in Chicago) erklärte, was diese Entscheidung des Berufungsgerichts bedeutet: „Der Präsident kann im Bereich des Handels eine Menge tun. Der Grundsatzteil der Gerichtsentscheidung erinnert jedoch daran, dass das Recht, Zölle festzusetzen, in der Verfassung dem Kongress verliehen wurde."

Wie wird der Supreme Court diese verfassungsrechtliche Frage entscheiden? Für Trump geht es dabei um ein Herzstück der Agenda seiner zweiten Amtszeit. Er braucht die Zolleinnahmen dringend, um die Steuerermäßigungen und viele weiter Ausgaben des „Big Beautiful Bill" (des Haushaltsgesetzes) zu finanzieren. Nicht zuletzt will er Zölle als Hebel zur Beendigung des Ukrainekrieges einsetzen. Er will mit Zöllen den Schmuggel illegaler Drogen in die USA stoppen. Er will damit die amerikanische Industrie schützen und er will damit immense Einnahmen kreieren. Und über all dem behauptet er immer wieder, dass die Zölle von „den Anderen" und nicht wesentlich von den amerikanischen Verbrauchern getragen werden. Nicht zuletzt will er mit Zöllen auf Einfuhren aus Brasilien seinem zu Haft verurteilten Freund im Geiste Jair Bolsonaro helfen.

Die Trump-Regierung beschreibt die Zölle als ihr „bedeutendstes wirtschafts- und außenpolitisches Vorhaben". Fall der Supreme Court für die Regierung entscheidet, würde dies die Macht des Präsidenten signifikant erweitern, denn er könnte dann auf viele Importe Zölle verhängen, ohne den Kongress einzuschalten. Sollte die Regierung unterliegen, wäre ihm die Auferlegung von Zöllen nur in weit geringerem Maß möglich, denn in vielen Fällen müsste der Kongress zustimmen. Deshalb warnte Trump schon vorsorglich, eine Niederlage

vor dem Supreme Court hätte verheerende Folgen für die Finanzen und die Glaubwürdigkeit des Landes. Eine Niederlage – so argumentiert Trump beinahe drohend – könne Folgen wie bei der „Großen Depression“ nach sich ziehen. Seine Anwälte forderten, der Präsident solle umfassendes Ermessen besitzen, zu bestimmen, was als „Notlage“ gilt, und die Gerichte sollten bei der Überprüfung – falls überhaupt – nur eine begrenzte Rolle spielen.

Der Supreme Court hat eine spannende Entscheidung zu treffen, die sowohl die Macht des Präsidenten als auch die dies Kongresses betrifft. In den Vorinstanzen spielte eine wesentliche Rolle, dass der International Emergency Economics Act, auf den Trump seine Zuständigkeit stützt, den Begriff „Zölle“ nicht erwähnt (*nytimes.com,* 10.9.25: „Trump’s Economic Agenda Hinges on the Supreme Court’s Ruling“).

Donald Trump hat durch seine ökonomisch und politisch widersprüchlichen Einfuhrzölle nicht nur die Wirtschaft weltweit ins Chaos gebracht, er hat auch grundlegende Bestimmungen der amerikanischen Verfassung verletzt. Wie die ideologischen MAGA-Vorstellungen und die verfassungsgeschichtliche Ignoranz – bis hinein in die höchsten Regierungsstellen – die Verfassung gefährdet, belegen Aussagen von Kristi Noem, der Chefin des Ministeriums für Innere Sicherheit, die diese in einer Anhörung des US-Senats am 20.5.25 machte. Dabei ging es im Zusammenhang mit den angelaufenen Massendeportationen von nicht registrierten Migranten um das in der Verfassung verbriefte Recht jeder verhafteten Person auf Haftprüfung durch ein Gericht – auch als Habeas Corpus bezeichnet. Im entsprechenden Bericht der New York Times wird auf Artikel I der Verfassung verwiesen, in dem die Zuständigkeiten des Kongresses beschrieben werden. Dort steht, Habeas Corpus „darf nicht aufgehoben werden, es sei denn, dass die öffentliche Sicherheit dies im Falle eines Aufstands oder Einfalls erforderlich macht.“ … „Rechtsexperten stimmen im Wesentlichen darin überein, dass nur der Kongress berechtigt ist, diese Bestimmung auszusetzen“, so die New York Times.

Die Senatorin Maggie Hassan, eine Demokratin aus New Hampshire, stellte Kristi Noem die Frage, ob sie wisse, was Habeas Corpus bedeutet. Aus Noems Antwort waren Trumps irrige Vorstellungen über dieses Verfassungsrecht herauszuhören: „Habeas Corpus ist ein verfassungsmäßiges Recht des Präsidenten, Menschen aus dem Land zu verweisen und ihre Rechte einzuschränken…“. An dieser Stelle unterbrach die Senatorin höflich: „Nein, erlauben sie mir zu unterbrechen. Entschuldigen sie, dies ist nicht korrekt.“ Senator Andy Kim, Demokrat aus New Jersey, hakte nach und fragte, ob Noem wisse, in welchem Verfassungsartikel Habeas Corpus behandelt wird. Die Ministerin verneinte und der Senator klärte sie auf: „Es steht in Artikel I.“
Eine merkwürdige Wissenslücke der für die innere Sicherheit zuständigen Ministerin: Habeas Corpus wird in der High School in den Fächern Amerikanische Geschichte und Gemeinschaftskunde ausführlich behandelt.

Eine Woche zuvor machte die Ministerin im Repräsentantenhause ähnliche Aussagen. Sie sei zwar keine Verfassungsjuristin, aber sie glaube, der Zustrom von Migranten rechtsfertige die Aussetzung deren Rechte. Im Senatsausschuss für Innere Sicherheit sagte sie, der Präsident habe das verfassungsmäßige Recht, über die Aussetzung von Habeas Corpus zu entscheiden *(nytimes.com,* 20.5.25: Noem Incorrectly Defines Habeas Corpus as the President’s Right to Deport People“).

Der Traum einer MAGA-Aktivistin

Darüber, wie bei den Republikanern schon längere Zeit über die Änderung wichtiger Bestimmungen der US-Verfassung nachgedacht wird, berichtet Jamelle Bouie am 24.2.25 in seiner New York Times-Kolumne. Die Kongressabgeordnete und MAGA-Ikone Marjorie Taylor Greene stellte bereits im Februar 2023 fest, es sei an der Zeit, dass Amerika eine „Scheidung der Nation" in Erwägung ziehe.

Greenes Begründung: „Tragischerweise, so denke ich, haben wir – die Linke und die Rechte – unversöhnliche Differenzen erreicht. Ich spreche für die Rechte und erkläre, wir sind absolut angewidert und haben die Nase voll davon, wie die Linke uns und unseren Kindern ihre Vorstellungen darüber einpaukt und aufzwingt, ohne Rücksicht auf unsere Religion, unseren Glauben, traditionelle Werte und unsere ökonomischen, und politischen Vorstellungen über das Regieren."

Marjorie Taylor Greene beschreibt einen Zustand der völligen Unverträglichkeit zwischen der Linken und der Rechten, der ein friedliches Zusammenleben nicht mehr zulasse. Abstrus erscheint mir die Vorstellung Greenes darüber, wie Amerika nach der „Scheidung" aussehen soll: Es würde nach wie vor eine Bundesregierung geben, jedoch mit nur minimalen Zuständigkeiten, zum Beispiel bei der Grenzsicherung und der Verteidigung – ein Amerika wie unter den Articles of Confederation. Dies war ein Dokument, das die unabhängig gewordenen Staaten unterzeichnet hatten und das von 1781 – 1789 galt. Es war eine Art Freundschaftsvertrag, in dem keine Exekutive und keine Judikative vorgesehen war. Die Konföderation konnte keine Steuern erheben und hatte auch darüber hinaus kaum staatliche Funktionen (*Wikipedia;* Stichwort: Articles of Confederation).

An zwei Beispielen – Erziehung und Waffenbesitz – beschreibt Marjorie Taylor Greene, wie sie sich das politische Amerika nach der „Scheidung" vorstellt. (Beladen mit sonderbaren Vorstellungen über die Programmatik der Demokraten):

Das Erziehungs- und Bildungswesen

„Die roten (republikanischen) Staaten würden wahrscheinlich alle Gender-Lügen und Verwirrtheiten verbieten, wie zum Beispiel die Drag-Queen-Geschichten und die LGBTQ-Indoktrination verbreitenden Lehrer; auch das chinesische Geld und den chinesischen Einfluss auf unsere Erziehung."
(Ob MarjorieTaylor Greene dabei TikTok im Visier hat, wird nicht erwähnt).

„Die blauen (demokratischen) Staaten könnten durch die Regierung kontrollierte Transen-Schulen/Schulen der Vielfalt einrichten.

Zum Thema Waffenbesitz

„In den roten (republikanischen) Staaten würden Waffenbesitzer, die die Gesetze beachten, nicht mehr ins Gefängnis gesteckt werden, wenn sie einen Angreifer erschießen."

„In den blauen (demokratischen) Staaten „könnten die Linken ihrer Träume einer totalen Gesetzlosigkeit verwirklichen."

Green fabuliert weiter, „dass in den roten Staaten die Wahlen wahrscheinlich an nur einem Tag und mit Wahlzetteln aus Papier abgehalten werden bei denen sich die Wähler ausweisen müssen und nur die Bürger des jeweiligen roten Staates abstimmen dürfen.
In den blauen Staaten würde es illegalen Einwanderern aus der ganzen Welt erlaubt sein, an den Wahlen frei und ständig teilzunehmen, so wie es der Stadtrat von Washington DC

wünscht. Verstorbene wären noch immer wahlberechtigt. Straftäter, die im Gefängnis sitzen, dürften wählen – falls es in blauen Staaten dann überhaupt noch Gefängnisse oder Haftanstalten gibt."

Jamelle Bouie, der Verfasser dieser Kolumne, vermerkt zu all dem, dass man aus Marjorie Taylor Greenes Vorstellungen nur folgern könne, dass ihre „Nationale Scheidung" eher eine paranoide Fantasie als ein ernsthafter Vorschlag sei. Allerdings enthalte ihr Vorschlag eine ganze Reihe von Ideen, die genau so in der Öffentlichkeit zirkulieren.

Ich stimme dieser Einschätzung zu, will dazu aber noch ein paar Anmerkungen machen: Marjorie Taylor Greene -- so schreibt auch Jamelle Bouie – ist nicht Irgendwer. Bouie bezeichnet sie als „eine der einflussreichsten Republikaner im Repräsentantenhaus." Sie dürfte sich m.E. nicht nur zum Zeitvertreib mit Verfassungsfragen beschäftigen. All dies lediglich ironisch abzutun, reicht nicht aus.

Als Greene diese Vorstellungen im Februar 2023 öffentlich bekannt machte, waren die Chancen einer Umsetzung für die Republikaner noch sehr viel geringer als heute. Donald Trump, den Marjorie Taylor Greene aufrichtig verehrt, hatte im November 2020 die Wahl gegen Joe Biden verloren und die Demokraten waren im Repräsentantenhaus die Mehrheitsfraktion. Trumps Versuch, am 21.1.21 mit dem Sturm auf das Kapitol das Wahlergebnis auf den Kopf zu stellen, war gescheitert. Kurze Zeit, nachdem Greene ihre Ideen bekannt gegeben hatte, wurde Trump (am 4.4.23) vor einem Gericht in Manhattan angeklagt, seine Geschäftsunterlagen in 34 Fällen gefälscht zu haben, um die Zahlung von Schweigegeld an eine Porno-Darstellerin zu verschleiern. Die Aussichten der GOP, Wahlen zu gewinnen waren zu der Zeit nicht sehr hoch. So mag sein, dass aus den ideologisch verzerrten Aussagen Marjorie Taylor Greenes Hoffnungslosigkeit sprach.

Doch mit Trumps Wahlsieg am 5.11.24 hat sich die Situation grundlegend verändert. Die GOP gewann mit Trump das Weiße Haus und erreichte in beiden Kammern die Mehrheit. Marjorie Taylor Greene musste keine absurd klingenden Vorstellungen mehr veröffentlichen. Ab dem 20.1.25 wurden „Make America Great Again" und „America First" die vorrangige politische Agenda. Einige Auswirkungen will ich im Folgenden beschreiben.

(Quelle zu Marjorie Taylor Greenes Vorstellungen:
nytimes.com, 24.2.23: "Marjorie Taylor Greene Has a Dream" (Kolumne von Jamelle Bouie).

Die Trump-Ikone Marjorie Taylor Green wirft hin

Wer sich in Trumps Orbit bewegt, lebt unsicher. Die im vorherigen Abschnitt beschriebene Trump-Ikone Marjorie Taylor Greene aus Georgia ist ein schlagendes Beispiel dafür. Am 21.11.25 hat sie angekündigt, dass sie ihr Mandat im Repräsentantenhaus im Januar 2026 niederlegen wird. Wenige Tage zuvor hatte ihr Trump seine Unterstützung entzogen und sie als „Verräterin" beschimpft.

Greene war 2020 erstmals ins Repräsentantenhaus gewählt worden und war eine glühende Unterstützerin von Donald Trump – „a die-hard Trump supporter", schreibt die New York Times. In der GOP galt sie als aufsteigender politischer Stern, bis sie in den letzten Wochen

dem Präsidenten und ihrer Partei in verschiedenen Fragen widersprach. So zum Beispiel beim Gaza-Krieg, bei der Frage einer Regulierung von K.I., beim Ukraine-Krieg und beim Luftschlag gegen die Atomanlagen im Iran. Ferner kritisierte sie die Weigerung ihrer Partei, die Krankenversicherungsbeiträge erschwinglicher zu machen.

Bei Trump war offenbar das Maß voll, als sie immer wieder heftig forderte, die „Epstein-Unterlagen" zur Veröffentlichung freizugeben. Trump hat sich lange dagegen ausgesprochen, knickte jedoch ein als klar wurde, dass eine Mehrheit im Repräsentantenhaus – auch mit Stimmen der Republikaner – die Freigabe der „Epstein-Files" fordern würde. Greene trat sogar beim Trump-kritischen TV-Sender CNN auf. So wurde Marjorie Taylor Greene für Trump zum Exempel dafür, was passiert, wenn man dem Präsidenten öffentlich widerspricht: „Alles, was die ‚verrückte' Marjorie tut, ist sich beklagen, beklagen, beklagen", schrieb Trump in den Sozialen Medien und entzog ihre seine Unterstützung. Was dies bedeutet, beschrieb Greene so: Sie wolle bei der nächsten Wahl vermeiden, eine schmerzliche und hasserfüllte Vorwahl-Kampagne des Präsidenten durchstehen zu müssen, für den wir alle kämpfen, „nur um am Ende meine Wahl zu gewinnen, während die Republikaner wahrscheinlich die Midterms verlieren" *(nytimes.com,* 21./22.11.25: „Marjorie Taylor Greene Says She Plans to Resign in January").

Ich hatte nie viel übrig für die Art und Weise, wie Greene Politik machte. Im Repräsentantenhaus stand sie stets in der Ecke, aus der die schrillsten Töne kamen. Politisch vertrat sie so extreme MAGA-Forderungen wie etwa: Englisch solle zur offiziellen Sprache der USA erklärt werden; wer Minderjährigen bei der Geschlechtsumwandlung unterstützt, solle als Schwerverbrecher bestraft werden, und es sollte keine Visas für ausländische Fachkräfte mehr geben – alles Forderungen aus der extremen MAGA-Schublade. Doch Trump nahm ihr besonders übel, dass sie mit den Demokraten dafür eintrat, dass es im House eine Abstimmung über die Freigabe der „Epstein-Files" geben sollte.

„Selbst als „lame-duck"-Präsident (das ist einer, der nicht mehr zur Wiederwahl antreten kann) ist Trump in der Lage, Vergeltung gegen konservative Abweichler zu üben, und einstige Unterstützer auszuschalten, die es wagen, ihm zu widersprechen", schreibt die New York Times, sieht aber auch Anzeichen für eine bevorstehende Debatte über republikanische Grundpositionen in der Zeit nach Donald Trump. „Was bedeutet es, Republikaner zu sein in einer Zeit, die nicht mehr von Trump dominiert wird?"

Der Vorgang um Marjorie Taylor Greene zeigt jedoch aus die charakterliche Schwäche Trumps, fair und respektvoll mit Parteifreunden umzugehen, die anderer Meinung als er sind. „Trump demonstriert seine Macht, und Greene deckt seine Schwäche auf", lautet eine Überschrift in der New York Times.

Zur Widerbesetzung des freiwerdenden Sitzes im Repräsentantenhaus wird es im Frühjahr 2026 eine Nachwahl in Georgia geben. Bis dahin wird Mike Johnson, der Speaker of the House, noch größere Schwierigkeiten als bisher haben, die unruhig gewordene GOP-Fraktion mit ihrer hauchdünnen Mehrheit zusammenzuhalten.

(Quellen:

nytimes.com, 22.11.25: „Greene's Exit Deals a Blow to G.O.P., Putting Rifts on Display";
nytimes.com, 22.11.25: „Trump Shows His Power, and Greene Reveals His Weakness").

Der Kongress wird zur Nebensache - Trump greift die Checks and Balances an

Der US-Kongress – so berichtet die Zeitschrift Time – hat in den ersten 100 Tagen der Trump-Präsidentschaft nur 6 Gesetze beschlossen; 5 davon hat der Präsident unterschrieben und damit in Kraft gesetzt. Durch drei dieser Gesetze wurden Regelungen aus der Biden-Administration außer Kraft gesetzt, will heißen, dass Senat und Repräsentantenhaus lediglich zweimal legislativ tätig waren. Dies sei – so Time – die geringste Zahl von Gesetzen, die ein Präsident in den letzten 70 Jahren in den ersten 100 Tagen in Kraft gesetzt hat. In der ersten Trump-Amtszeit wurden in diesem Zeitraum 30 und bei Biden 10 Gesetze rechtskräftig.

Eine ganz andere Zahl zeigt, wo der Schwerpunkt der politischen Entscheidungen in der zweiten Trump-Amtszeit liegen wird. Trump hat in den ersten 100 Tagen seit Amtsantritt 135 Regierungsdekrete unterschrieben und damit in nie dagewesener Weise am Kongress vorbei regiert *(time.com,* 29.4.25: „What Congress Got Done in Trump's First 100 Days"). Diese Verlagerung des politischen Geschehens kam nicht von Ungefähr, sondern war von der konservativen Heritage Society bereits vor Trumps Wahlsieg auf 887 Seiten als eine Art Handreichung für den nächsten konservativen Präsidenten zu Papier gebracht worden. Die Heritage Society beschrieb dieses Werk als eine „gemeinsame Anstrengung, die nächste konservative Administration am 20. Januar 2025 um 12 Uhr regierungsbereit zu machen." Trump hatte diese Handreichung „Mandate for Leadership: The Conservative Promise" (auch „Project 2025" genannt) im Wahlkampf nicht ausdrücklich abgesegnet. Doch sehr rasch nach seinem Amtsantritt zeigte sich, das das „Project 2025" ein wesentliches Rezeptbuch seiner Administration war und ist.

Im „Mondale for Leadership" wurde unter anderem vorgegeben, die Bundesregierung unnachgiebig zu politisieren. Die Karrierebeamten sollten in die Schranken verwiesen werden und jede Behörde und jedes Amt müsse sich an ideologisch begründeten Vorgaben orientieren. Carlos Lozada, der das „Project 2025" bereits im Februar 2024 ausführlich beschrieben hat, stellte zur gezielten Ausschaltung der Karrierebeamten – MAGA sieht sie als Vertreter des sogenannten „Verwaltungsstaates" und seinen geheimen Plänen für das Land – zusammenfassend fest: „Damit verspricht es (das „Project 2025") seinen Lesern, dass der Präsident und seine Untergebenen „der Verfassung und dem Rechtsstaat verpflichtet sind."

Der Präsident wird als die Verkörperung des Volkswillens beschrieben; das Gesetzt sei ein Hindernis für die konservative ‚Regierungsführung. Das Programm verstärkt die Rolle religiöser Glaubenssätze in Regierungsangelegenheiten; der Kongress und die Justiz werden geringerwertig eingestuft (*nytimes.com,* 29.2.24: „What I learned When I read 887 Pages of Plans for Trump's Second Term").

In dieser Vorstellungswelt ist ein langwieriges Gesetzgebungsverfahren, mit Diskussionen, Ausschussberatungen und Kompromisssuche zwischen dem Repräsentantenhaus und dem Senat so etwas wie Zeitverschwendung. Donald Trump sucht und greift nach allen Möglichkeiten – auch so zweifelhaften wie einem „Notstand" – um die anstehende Regierungsagenda möglichst rasch umzusetzen. Auf diese Art und Weise verhängte er die weltweiten Strafzölle. Allerdings muss der Supreme Court noch entscheiden, ob dies verfassungskonform geschehen ist. Genauso „erledigte" er die Versenkung von vermeintlichen Schmugglerbooten von Drogenkartellen, von denen angenommen wurde, dass sie auf dem Weg in die Vereinigten Staaten waren, ohne den Kongress einzuschalten.

Bereits im Juli 2025 unterzeichnete Trump ein Dekret mit dem er das Pentagon ermächtigte, mit militärischen Mitteln gegen lateinamerikanische Drogenkartelle vorzugehen. Diese wurden von der Trump-Administration als terroristische Organisationen bezeichnet.
Am 2.9.25 gab Trump im Rahmen einer Pressekonferenz bekannt, die USA hätten einen Militärschlag gegen ein Boot geführt, das Drogen transportierte. Dabei seien 11 Terroristen getötet worden. Weitere Details veröffentlichte Trump auf Truth Social: „Auf meinen Befehl haben US-Streitkräfte heute Morgen einen kinetischen Schlag gegen positiv identifizierte Tren de Aragua Drogen Terroristen ausgeführt." Der Schlag sei erfolgt, als die Terroristen in internationalem Gewässer illegale Drogen in Richtung Vereinigte Staaten transportierten. Später erläuterte Außenminister Marco Rubio, abweichend von Trumps Mitteilung, das Boot sei wahrscheinlich nach Trinidad oder zu einem anderen Land in der Karibik unterwegs gewesen. Ein leitender Beamter sagte dazu vertraulich, es seien weitere Angriffe auf Boote des Kartells geplant. Die New York Times vermerkte zu all dem, dieser Schlag sei eine erstaunliche Abkehr von den bisherigen Aktionen bei der Drogenbekämpfung. In der Vergangenheit seien die Behörden bestrebt gewesen, die Drogen zu beschlagnahmen, die Verdächtigen zu identifizieren und vor Gericht zu stellen *(nytimes.com,* 2.9.25: „Trump says the U.S. attacked a boat carrying Venezuelan gang memberrs, killing 11").

Am 15.9.25 verkündete Präsident Trump mit ähnlichem Wortlaut wie am 2.9. die Zerstörung eines zweiten „positiv identifizierten" Bootes eines Drogen-Kartells. Dabei wurden drei Personen getötet. „Trump behauptete, das Boot sei in Richtung USA unterwegs gewesen und brachte es mit „Drogenschmuggler Kartellen" in Verbindung, die eine Bedrohung für das Land darstellten", schrieb die New York Times. Das Pentagon machte dazu keine weiteren Angaben. Die US Navy operiert inzwischen mit 8 Kriegsschiffen in der Karibik und das Pentagon hat bewaffnete MQ-9 Reaper Drohnen und F-35 Jets – zusammen mit weiteren Flugzeugen nach Puerto Rico beordert. Der US-Verteidigungsminister Pete Hegseth drohte Drogenhändlern in ganz Lateinamerika mit markigen Worten: Das Militär werde die Kartelle „aufspüren, sie töten und ihre Netzwerke in unserer gesamten Hemisphäre zerschlagen – zu der von uns gewählten Zeit und an den von uns gewählten Orten."
Ergänzend berichtete die New York Times, der kolumbianische Präsident Gustavo Petro habe erklärt, dass einer der am 15.9. Getöteten ein kolumbianischer Fischer gewesen sei. Gustavo Petro beschuldigte die Vereinigten Staaten des Mordes *(nytimes.com,* 24./25.10.25: U.S. Deploys Aircraft Carrier to Latin America, a Major Escalation").

Nach dieser zweiten Bootsversenkung – wenige Tage später, am 19.9.25 gab es eine dritte mit drei Toten – folgte heftige Kritik an diesen Aktionen. Rear Admiral Donald J. Guter, ein früherer hoher Jurist bei der Navy sagte, Trump „normalisiere einen seines Erachtens ungesetzlichen Angriff." Senator Jack Reed von Rhode Island, ein Vertreter der Demokraten im Armed Services Committee, sagte: „Kein Präsident kann insgeheim einen Krieg anzetteln oder ungerechtfertigte Tötungen ausführen – das ist Autokratie, nicht demokratisch."

Trumps Terrorismus-Berater Sebastian Gorka gab in einem Interview auf die Frage, warum der Kongress nicht beteiligt wurde, eine zweifelhafte Antwort: Die Zustimmung des Kongresses für den Einsatz des Militärs sei nicht erforderlich, weil die Drogenkartelle keine Nationalstaaten seien. Dieser Aussage hielt die New York Times entgegen, dass der Kongress jedoch nach den Angriffen von „9/11" (am 11.9.2001) eingeschaltet war und dem Einsatz des Militärs gegen Al Qaida zugestimmt hat.

Die Klärung dieser Rechts- und Verfassungsfragen um die Beteiligung des Kongresses erscheint unerlässlich. Donald Trump hat das Drogenkartell Tren de Aragua als die „wahrscheinlich schlimmste Bande der Welt" bezeichnet und wiederholt behauptet, Chef des

Kartells sei der venezolanische Präsident Nicolas Maduro. Der US-Geheimdienst hält diese Vermutung jedoch nicht für zutreffend. Die Frage stellt sich: Könnte nach der Lesart von Sebastian Gorka der amerikanische Präsident anordnen, Maduro „auszuschalten"?

(Quellen:
nytimes.com, 15.9.25: „U.S. Strikes a 2nd Venezuela Boat, killing 3, Trump Says";
sueddeutsche.de, 15.9.25: "Trump: Drei Tote nach erneutem US-Angriff auf mutmaßliches Drogen-Schiff").

Inzwischen ging die „Schiffe-Versenkerei" unvermindert weiter. Am 14.10. berichtete die New York Times über einen fünften Streich vor der Küste von Venezuela, bei dem sechs Personen getötet wurden. Der US Präsident schrieb dazu auf Truth Social, das Boot sei für eine nicht spezifizierte Gruppe, die Trump als Terroristen bezeichnete, mit illegalen Drogen unterwegs gewesen. Er nannte dazu weder die Nationalität der Getöteten noch das Drogenkartell, für das sie tätig waren. Seit der ersten Militäraktion am 2.9.25 hatte das Militär bis dato 27 Menschen getötet „als seien es feindliche Soldaten in einem Kriegsgebiet und nicht verdächtige Kriminelle gewesen, schrieb die New York Times *(nytimes.com,* 14.10.25: „U.S. Military Kills Another 6 People in 5th Caribbean Strike, Trump Says").

Und dies war nicht die letzte Versenkung: Am 28.10.25 berichtete Verteidigungsminister Pete Hegseth in den sozialen Medien – sein Ministerium war inzwischen zum Kriegsministerium umbenannt worden – dass am 27.10. eine weitere Runde von Militärschlägen auf vier Schiffe erfolgt sei, denen er Drogenschmuggel vorwarf. Dabei wurden 14 Leute getötet und es gab einen Überlebenden. Dieser wurde nahe der Küste von Mexiko und Guatemala vom mexikanischen Seenot-Rettungsdienst aufgenommen.

Anders als bei den früheren Versenkungen, die in der Karibik erfolgt waren, wurden die nun versenkten vier Schiffe im östlichen Pazifik versenkt. Nähere geografische Angaben machte Pete Hegseth nicht.

Rechts- und Verfassungsfragen zu den Militäreinsätzen

Inzwischen hat die Diskussion um die Rechtmäßigkeit dieser Militäraktionen weiter Fahrt aufgenommen. Die Trump-Administration ging davon aus, dass das Töten von Drogenschmugglern durch das Kriegsrecht gedeckt sei. Allerdings wurden in der Vergangenheit solche Boote von der US-Küstenwache aufgebracht, die Bootsbesatzungen inhaftiert und vor Gericht gebracht.

Charles L. Young III, der von Donald Trump für den Posten des Chefs des Generalrats der Armee vorgeschlagen wurde, sagte beim Anerkennungsverfahren im Senat, es gebe zu diesen Operationen ein Memorandum des Justizministeriums. Er machte jedoch keine Angaben zu dessen rechtlichen Feststellungen. Aus dem Weißen Haus kamen unterschiedliche Begründungen: Trump bezeichnete in einem Brief an den Kongress den Militärschlag vom 2.9.25 als Akt der Selbstverteidigung. Später wurde dem Kongress mitgeteilt, die USA stünden in einem formellen bewaffneten Konflikt mit verschiedenen Drogenkartellen und Gangs. Diese und ihre verdächtigen Boote könnten rechtlich als „illegale Kombattanten" angesehen und angegriffen werden.

Im Gegensatz dazu haben eine Reihe von Rechtsexperten diese vorsätzlichen und ohne Gerichtsverfahren erfolgten Tötungen als illegal bezeichnet. Die New York Times stellte dazu fest, dass der Kongress *keinen* Militärschlag gegen Drogenkartelle genehmigt hat und die Bezeichnung verschiedener krimineller Gruppen als „Terroristen“ neu und umstritten sei. Diese Gruppen wollten zwar illegale Gewinne erzielen, würden aber nicht von einer (terroristischen) Ideologie angetrieben.

In seinem Post vom 14.10. erwähnte Trump die Stichworte „Selbstverteidigung“ und „bewaffneter Konflikt“ nicht mehr sondern schlüpfte in seine verfassungsgemäße Rolle des Oberbefehlshabers der Streitkräfte. Trump schrieb: „Unter der mir als Oberbefehlshaber verliehenen Autorität hat der Kriegsminister heute Morgen einen tödlichen bewaffneten Schlag gegen ein Schiff angeordnet, das im Auftrag einer als Terrororganisation eingestuften Organisation den Drogenschmuggel im Zuständigkeitsbereich des Südlichen US-Kommandos (USSOUTHCOM) nahe der Küste von Venezuela betreibt.“ Diese etwas komplizierte Formulierung mag Normalbürgern sehr rechtlich und legal erscheinen, klingt jedoch lediglich martialisch; eben eine der üblichen Trump’schen Erfolgsmeldungen. Trump gab keine rechtliche Begründung für diesen erneuten Militärschlag. Die Administration erklärte auch nicht, wie und warum ein Boot in der Südkaribik – weit entfernt von der amerikanischen Küste – eine unmittelbare Bedrohung und Gefahr eines bewaffnete Angriffs darstellt und deshalb die bewaffnete Selbstverteidigung rechtfertigt. *(nytimes.com,* 14.10.25: „U.S. Military Kills Another 6 People in 5th Carribean Strike, Trump Says”).

Drogenherkunftsländer in Südamerika

Der größte Teil des Kokains aus Lateinamerika kommt aus Kolumbien, Peru und Bolivien; so gut wie kein Kokain wird in Venezuela produziert. Ein kleiner Teil des Kokains für die USA kommt über die Karibik und wird in Venezuela verschifft; das meiste kommt über den Pazifik und wird in Kolumbien, Ecuador und anderen Staaten verschifft, so die Zahlen aus Kolumbien, den Vereinigten Staaten und den Vereinten Nationen.

Nach neusten Zahlen der Drug Enforcement Administration wurden 2019 ca. 74 Prozent des Kokains über den Pazifik und meist weiter über Kolumbien, und Ecuador verfrachtet. Im Vergleich dazu: 24 Prozent kamen über die Karibik.

Kokain ist nach Aussagen von Gesundheitsexperten eine gefährliche Droge mit ernsthaften Folgen. Allerdings verursacht Fentanyl einen bedeutend höheren Teil der Überdosen. Venezuela spielt bei der Produktion und beim Handel von Fentanyl nach Angaben der US Drug Enforcement Administration, des Justizministeriums und des Congressional Research Service kaum eine Rolle. Es werden dabei nahezu ausschließlich aus China importierte Chemikalien verwendet und der Stoff selbst wird in Mexiko hergestellt *(nytimes.com,* 15.9.25: Venezuela’s president denounces an earlier U.S. strike on a small boat, just before a second such strike).

Es geht um mehr als nur um Drogenschmuggel

Vielleicht klingt diese Aussage spekulativ, da Trump bisher keine spezifischen Aussagen über seine langfristigen Ziele in der Karibik gemacht hat. Zu hinterfragen ist jedoch, ob die horrende militärische Aufrüstung der Amerikaner in der Region allein mit dem Kampf gegen illegale Drogen begründet werden kann oder ob die Trump-Administration weiterreichende Ziele verfolgt.

Die New York Times hat in mehreren Veröffentlichungen über den Ausbau der amerikanischen Militärpräsenz im karibischen Raum berichtet. Am 15.10.25 wurden in der NYT folgende Zahlen genannt:

- 8 Kriegsschiffe und ein U-Boot
- 10.000 Soldaten, etwa hälftig in Puerto Rico und auf den Kriegsschiffen stationiert
- 1 Kontingent Marines mit Amphibienbooten ausgerüstet.

Zusätzlich kommt demnächst der Flugzeugträger „Gerald R. Ford“ hinzu, der bis vor kurzem im Mittelmeer vor Kroatien operierte und laut Mitteilung des Pentagons vom 24.10.25 zusammen mit seinen Begleitschiffen in die Karibik beordert wurde. Die „Gerald R. Ford“ ist der neuste und technisch modernste Träger der US-Navy, mit ca. 5.000 Seeleuten und mehr als 75 Flugzeugen bestückt. Admiral James Stavridis, ein früherer Chef des Südlichen US-Kommandos, erklärte zu dieser massiven Flottenkonzentration in der Karibik: „Nach dem Eintreffen der „Ford“ ist dies – zusammen mit den bereits vorhandenen Schiffen – die einzigartigste und stärkste Seestreitmacht, an die ich mich in der Karibik erinnern kann.“

Zum letztendlichen Ziel dieses Militäraufmarschs zitiert die New York Times private Aussagen von Offiziellen: Das letztliche Ziel sei, den venezolanischen Präsident Nicolas Maduro zu entmachten. Bereits vor einiger Zeit haben die Vereinigten Staaten 50 Millionen Dollar für Informationen ausgelobt, die zur Verhaftung und Verurteilung von Maduro wegen Drogenschmuggels führen würden. Das Stichwort „Regime Change“ steht im Raum. Trump hat bereits Anfang Oktober die diplomatischen Gespräche mit der Maduro-Regierung abgebrochen. Trumps Frustration war gewachsen, nachdem sich Maduro geweigert hatte, freiwillig zurückzutreten.

Weitere Eskalationen folgten. Am 15.10.25 bestätigte Trump, dass er die CIA ermächtigt habe, verdeckte Operationen in Venezuela durchzuführen. Erwogen würden auch Operationen auf venezolanischem Territorium. Dazu die New York Times: „Die CIA könnte mit dieser Ermächtigung verdeckte Aktionen gegen Maduro und seine Regierung sowohl gesondert als auch in Verbindung mit einer größeren militärischen Operation durchführen.“ Die Times merkt jedoch an, dass nicht bekannt sei ob die CIA irgendwelche gezielten Operationen in Venezuela plant.

Allerdings ist die Trump-Administration dabei – über die Verstärkung der Streitkräfte in der Karibik hinaus – den Druck auf Venezuela zu erhöhen. Am 15.10. flogen mindesten zwei B-52 Bomber von Louisiana kommend mehrere Stunden lang im internationalen Luftraum entlang der Küste von Venezuela. Ein US-Offizieller bezeichnete dies als „eine Schau der Stärke“. Außerdem machten Hubschrauber des 160. Special Operations Aviation Regiments Übungsflüge in der nördlichen Karibik, nahe der Küste von Venezuela. Es habe sich dabei nicht um die Übung einer eventuellen militärischen Aktion innerhalb Venezuelas gehandelt, sagte dazu ein US-Offizieller.

Die strategischen Pläne zur Entmachtung Maduros wurden von Außenminister Marco Rubio mit Unterstützung des CIA-Direktors John Ratcliffe entwickelt. Bereits während seines Berufungsverfahrens im Senat hatte dieser angekündigt, er werde mit der CIA künftig weniger das Risiko scheuen sondern willens und bereit sein, verdeckte Operationen im Auftrag des Präsidenten durchzuführen.

(Quellen:
nytimes.com, 15.10.25: „Trump Administration Authorizes Covert C.I.A. Action in Venezuela";
nytimes.com, 16.10.25: "U.S. B-52s and Helicopters Fly near Venezuela in Show of Threats"
nytimes.com, 24./25.10.25: "U.S. Deploys Aircraft Carrier to Latin America, a Major Escalation")

Zwei Fragen stehen im Raum: Wird es einen heißen Krieg in der Karibik geben? Passt diese Demonstration der Stärke zu Trumps Vorstellung, er sei reif für den Friedensnobelpreis?
Die Maduro-Regierung rechnet mit dem Schlimmsten. Mitte Oktober rief der venezolanische Präsident die Zivilbevölkerung auf, bei der Verteidigung des Landes zu helfen. Inzwischen hat ein Kampftraining für Zivilisten begonnen. Das Land verfügt zwar über bedeutende Streitkräfte und Waffensysteme. Diese sind jedoch vor allem zur Aufrechterhaltung der inneren Stabilität des Landes und zum Einsatz bei regionalen Konflikten vorgesehen. Eine amerikanische Intervention wäre mit diesen Kräften nicht aufzuhalten (*nytimes.com,* 18.10.25: „Venezuela Announces Sweeping Military Exercises as U.S. Escalates Pressure").

Sicher ist sicher: Trump soll zum Töten im Drogenkrieg offiziell ermächtigt werden

Die verfassungsrechtliche Ausgangssituation ist klar. In Artikel I Ziffer 8 der amerikanischen Verfassung steht: „Der Kongress hat das Recht, Krieg zu erklären." Doch was geschah bisher in der Karibik und soll noch mehr als bisher auch andernorts geschehen? Läuft hier ein Krieg im Sinne der Verfassung? Oder handelt es sich um eine „Spezialoperation" gegen Drogenschmuggler, wie sie die Küstenwache bereits in der Vergangenheit und auch mit Hilfe der US-Navy als Maßnahme des Gesetzesvollzugs durchgeführt hat? Die Administration geht davon aus, dass der Präsident durch die Verfassung in seiner Funktion als Oberbefehlshaber der Streitkräfte ermächtigt ist, für solche Spezialoperationen das Militär einzusetzen,
Dem gegenüber sagen die Kritiker, dass Trump und Hegseth ungesetzlich gehandelt haben, als sie Truppen gegen Zivilisten einsetzten. Damit würden die Strafbestimmung gegen Mord berührt. Entscheidend ist für die Kritiker, gegen wen das Militär eingesetzt wird: Gegen Soldaten oder gegen Zivilisten.

Mit einem im Kongress kursierenden Gesetzentwurf willen mehrere Trump-Unterstützer diese Problematik zu Gunsten des Präsidenten klären und regeln. Dazu ist zu vermerken, dass der Anstoß für diese Initiative nicht aus dem Weißen Haus kam. Aus Sicht des Weißen Hauses erscheint der Gesetzentwurf wie ein Eingeständnis dafür, dass die bisherigen Begründungen der Administration für die Versenkung vermeintlicher Drogenboote auf schwachen Grundlagen stehen . Die nun umlaufende Gesetzesinitiative soll die Exekutive ausdrücklich ermächtigen, unter Einbeziehung des Kongresses die Gruppierungen als Terroristen zu benennen, die entweder Drogen schmuggeln, um damit terroristische Aktivitäten zu finanzieren oder Terrormethoden verwenden, um damit Geschäfte im Narko-Bereich zu

befördern. Der Entwurf beschreibt jedoch nicht eindeutig jene Tatbestände, durch die die Konsultation mit dem Kongress in Gang gesetzt wird. Was „terroristische Aktivitäten“ sind, wird ebenfalls nicht definiert.

Jack Goldsmith, ein Professor an der Harvard Law School, der während der Bush-Präsidentschaft im Justizministerium tätig war, führt dazu aus, eine solche Ermächtigung würde dem Präsidenten eine „Blanko Scheck“ auszustellen. „Sie ist wahnsinnig weit gefasst. Dies ist eine Ermächtigung ohne Grenze gegen alle möglichen Länder, Organisationen und Einzelpersonen Krieg zu führen so, wie der Präsident es für gegeben erachtet.“ Goldsmith sagt weiter, dass der Kongress auf der Grundlage der inländischen Bestimmungen das Recht habe, den Einsatz gegen nichtstaatliche Gruppen anzuordnen. Die vorsätzliche Tötung von Zivilisten, die nicht unmittelbar an Feindseligkeiten beteiligt sind – selbst solche, die vermeintlich Kriminelle sind – würde jedoch internationales Recht verletzen.

Auch Kongressmitglieder der Demokraten schalteten sich in die Diskussion um die Bootsversenkungen ein. Senator Adam Schiff aus Kalifornien initiierte am 19.9.25 zusammen mit seinem Kollegen, dem Senator Tim Klein aus Virginia Maßnahmen, um der Administration die Durchführung weiterer Angriffe zu verbieten und die Zuständigkeit des Kongresses beim Einsatz der Streitkräfte wieder herzustellen. In der Resolution von Senator Schiff wird bemängelt, dass der Kongress nicht ausreichend über die Boote, das Ausmaß der Gefahren durch diese und über die rechtlichen Grundlagen der Schläge gegen sie informiert wurde. Darüber hinaus wird die Notwendigkeit unterstrichen, die Maßnahmen gegen Drogen durch das Zusammentragen von Geheimdienstinformationen sowie diplomatische Aktivitäten zu unterstützen.

Bei einer Anhörung im Armed Services Committee des Senats am 18.9.25 fragten einige Demokraten ebenfalls nach den rechtlichen Grundlagen der Militärschläge. Ein Vertreter des Pentagon erklärte, er sei nicht in der Lage, diese Fragen zu beantworten. Am Schluss der Anhörung sagte Senator Roger Wicker von Mississippi, der republikanische Vorsitzende des Senatsausschusses, die Administration müsse diese Fragen beantworten (*nytimes.com,* 19.9.25: „Draft Bill Would Authorize Trump to Kill People He Deems Narco-Terrorists“).

Nachdem der Verteidigungsminister Pete Hegseth am 3.10.25 eine weitere Bootsversenkung mit 4 Toten in internationalem Gewässer vor Venezuela bekanntgegeben hatte, verstärkte sich die Diskussion um die Rechtmäßigkeit dieser Operationen. Seit der ersten Versenkung am 2.9. hatte es inzwischen 4 Vorfälle dieser Art mit insgesamt 21 Toten gegeben. Insbesondere zur ersten Operation mit 11 Toten wurden Zweifel laut, ob es sich dabei um Migranten und nicht um Drogenschmuggler gehandelt haben könnte. Ein längeres Video zeigt, dass das Boot abgedreht hatte, bevor es getroffen wurde und sank.

In zwei ausführlichen Berichten schreibt die New York Times, dass im seit längerem andauernden „Krieg gegen Drogen“ die US-Küstenwache – mit Unterstützung der US-Navy – die Schmugglerboote aufbrachte und die Mannschaften als Straftäter vor Gericht stellte. Doch genau dies hat sich nun geändert, nachdem Trump Ende Juli mit einer immer noch geheimen Anordnung den Einsatz militärischer Macht gegen lateinamerikanische Kriminelle befahlt. Die Regierung bezeichnete diese als Terroristen. Seit August wurden dazu US-Seestreitkräfte in der südlichen Karibik zusammengezogen.

Mit martialischen Formulierungen versuchte die Administration, eventuelle Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Aktionen zu zerstreuen. Die Militärschläge wurden als „Akte der Selbstverteidigung“ beschrieben und dazu versichert, dass das Kriegsrecht erlaube, die

Bootsbesatzungen zu töten und nicht nur zu verhaften. Ziele der Aktionen seien Drogenschmuggler von Kartellen und dies seien Terroristen. Dabei wurden auch Zehntausende Amerikaner erwähnt, die jährlich an einer Drogen-Überdosis sterben.

Zur Begründung der Militäreinsätze hat der Präsident entschieden, dass die Vereinigten Staaten formal in einen „bewaffneten Konflikt“ mit den Drogenkartellen verwickelt seien, die von einem Berater der Administration als „Terrororganisationen“ bezeichnet wurden. In einer vertraulichen Nachricht an den Kongress beschrieb die Regierung die vermutlichen Schmuggler als „ungesetzliche Kombattanten“.

Im Gegensatz dazu sagte Geoffrey S. Cora, ein ehemaliger Richter und General-Anwalt, der die US-Army in Fragen des Kriegsrechts beraten hatte, dass die Drogenkartelle keine „Feindseligkeiten“ (im Sinne des Kriegsrechts) gegen die Vereinigten Staaten ausführten, etwa so, wie sie bei einem „bewaffneten Konflikt“ vorliegen würden: „Der Verkauf gefährlicher Waren ist etwas anderes als ein bewaffneter Konflikt.“

Auch andere Rechtsexperten bezweifeln, dass Drogenschmuggler ganz generell als „ungesetzliche Kombattanten“ bezeichnet werden können. Drogenkartelle seien zwar verabscheuenswürdig, müssten jedoch von allgemeinen Strafvollzugsbehörden verfolgt werden, sagte Senator Jack Reed aus Rhode Island, ein Mitglied des Armed Forces Committee: „Sollten wir uns in einem bewaffneten Konflikt befinden, müssen die Amerikaner mehr darüber wissen“, überschrieb der Journalist W.J. Hennigan einen Gastbeitrag in der New York Times.

Wie auch bei anderen Rechtsfragen, die Donald Trump durch ein Regierungsdekret entschieden hat, bewegt sich der Präsident auch hier in einer rechtlichen Grauzone. Er handelt mit moralischer Entschlossenheit, und dies mag seinen Anhängern gefallen. Doch er liefert damit autokratischen Potentaten großartige Argumente gegen die Rechtsstaatlichkeit: Warum kritisieren uns die Amerikaner? Im Grunde machen sie das Gleiche wie wir.

Der gleiche Gesichtspunkt – die Verletzung internationalen Rechts, zur Freude von Autokraten – wird auch in der Zeitschrift „Time“ angesprochen die Michael Becker, einen Dozenten für Internationales Recht und Menschenrechte am Trinity College in Dublin zitiert: „Die UN-Charta verbietet es Mitgliedsstaaten, Gewalt einzusetzen, es sei denn sie werden angegriffen“. Becker sagte der BBC, dass die Begründungen der USA, die Getöteten seien Narco-Terroristen, diese nicht zu rechtmäßigen militärischen Zielen macht. Dies verletze die UN-Charta und die Erklärung der Menschenrechte, durch die das Recht auf Leben geschützt werde. Was für eine Aussage: Die USA verletzen womöglich die UN-Charta und das Recht auf Leben! Allein dass diese Frage aufgeworfen wird, mag Putin angesichts der ständig wechselnden Versuche Trumps, beim Ukraine-Krieg einen Waffenstillstand zu erreichen, nur schmunzeln und weiterhin auf Zeit spielen lassen.

(Quellen:

nytimes.com, 2.10.25: „Trump ‚Determined‘ the U.S. Is Now in a War With Drug Cartels, Congress Is Told”;
nytimes.com, 3.10.25: “U.S. Military Attacked Boat Off Venezuela, Killing Four Men, Hegseth Says”;
nytimes.com, 3.10.25: “If We’re in an Armed Conflict, Americans Deserve to Know More About It”; Gastbeitrag von W.J. Hennigan).

"Time", 13.10.25: "Is the U.S. at war with Venezuela?)

Wer ist verantwortlich für die Tötungen? – Kann Donald Trump dafür zur Rechenschaft gezogen werden?

Kritik am Vorgehen der Vereinigten Staaten kommt inzwischen nicht nur von innerhalb sondern auch weit darüber hinaus. Der UNO-Menschenrechtskommissar Volker Türk sagte in Genf, die außergerichtliche Tötung von Menschen an Bord der Schiffe sei nicht akzeptabel und müsse aufhören. Gewalt gegen Menschen sei als letztes Mittel nur dann zulässig, wenn diese eine unmittelbare Lebensgefahr für andere darstellten. Das sei hier nicht der Fall. Türk forderte zudem eine unabhängige Untersuchung der Vorfälle" *(deutschlandfunk.de,* 31.10.25: „UNO-Menschenrechtskommissar: US-Angriffe auf mutmaßliche Drogen-Boote inakzeptabel").

Am 30.10.25 untersuchte Charlie Savage in der New York Times die Frage, ob der amerikanische Präsident für diese Aktionen eines Tages gerichtlich zur Rechenschaft gezogen worden könnte, nicht zuletzt durch den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Dieser hat beispielsweise einen Haftbefehl gegen Putin wegen vermutlicher Kriegsverbrechen in der Ukraine und gegen Netanyahu wegen des Gaza-Krieges erlassen. Savage kommt zu einem recht unbefriedigenden Ergebnis: Obwohl die US-Regierung bis jetzt keine rechtlich tragfähige Begründung für die Militärschläge vorgelegt hat, die die Entscheidung Trumps stützen kann, hätte eine Anzeige des Präsidenten mit dem Ziel, ihn vor ein amerikanisches Gericht zu bringen, in aller Wahrscheinlichkeit keine Erfolgsaussichten. Charlie Savage verweist auf das Urteil des Supreme Courts vom 1.7.24, das dem Präsidenten Immunität für etwaige Straftaten zubilligt, die er im Rahmen seiner offiziellen Amtshandlungen begeht. Ein Befehl an das Militär, den er als Oberbefehlshaber der Streitkräfte gegeben hat, wäre – selbst wenn er später als zu weitgehend und ungesetzlich befunden würde – durch diese Entscheidung des Supreme Court abgedeckt.

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag ist für ein Verfahren gegen den amerikanischen Präsidenten nicht zuständig, da die USA dem Vertrag über dieses Gericht nicht beigetreten sind. Donald Trump ist somit gegen irgendwelche Strafverfolgungen im Drogenkrieg „geschützt". Darüber hinaus, so Savage, sind auch Untergebene Trumps vor Strafverfolgung geschützt.
Als letztes besteht noch die theoretische Möglichkeit, dass Trump von der Regierung eines der Staaten angeklagt wird, dessen Staatsangehörige bei einem Militärschlag getötet wurden, etwa Venezuela. Charlie Savage erläutert dazu: „Angesichts der geopolitischen Realitäten ist es schwer vorstellbar, dass Länder, deren Staatsangehörige durch einen US-Schlag getötet wurden in der Lage wären, den jetzigen oder früheren Staatschef einer Supermacht strafrechtlich zu verfolgen, die die westliche Hemisphäre militärisch und wirtschaftlich dominiert" *(nytomes.com,* 30.10.25: „Why Trump's Boat Killings Would Be Hard to Prosecute").

Ein Bericht der New York Times vom 16.10.25 verstärkte die Zweifel, dass alles, was die Amerikaner auf den Grund der Karibik und des Pazifiks bomben, tatsächlich mit Drogenschmuggel zu tun hat. Zum ersten Mal wurde einer der Getöteten für die Öffentlichkeit identifiziert. Der 26 Jahre alte Chad Joseph, ein Staatsangehöriger von Trinidad, der in letzter Zeit in Venezuela lebte, hatte seiner Familie mitgeteilt, er wolle

demnächst mit einem Boot die einstündige Rückreise antreten. Am 16.10.25 wurde er namentlich als einer der 6 Getöteten der kürzlichen Versenkung in den sozialen Medien genannt. Ein Nachbar von Chad Joseph war auf dem gleichen Boot und wird ebenfalls vermisst. Trump hatten den Militärschlag am 16.10.25 bekannt gegeben und ohne Beweise vorzulegen versichert, dass es sich bei den 6 Getöteten um Drogenschmuggler gehandelt habe. Die Familie von Joseph sagte, dieser sei kein Drogenschmuggler gewesen.

Die New York Times berichtet von interessanten Folgen im Anschluss an die erste Versenkung am 2.9., bei der 11 Personen getötet wurden. In San Juan de Unare, dem Heimatort von 8 Getöteten in Venezuela, erschienen kurz danach Sicherheitsbeamte der Regierung, stellten den Strom ab und machten klar, dass öffentliche Erklärungen über die Angriffe auf venezolanische Boote unerwünscht seien. Offenbar will die Regierung Maduros angesichts des Truppenaufmarsches in der Karibik jede Verärgerung der Amerikaner vermeiden *(nytimes.com,* 16.10.25: „Trinidadian Family Says U.S. Military Killed Relative in Boat Attack“).

Während die militärischen Aktionen der Amerikaner gegen vermeintliche Drogenboote weitergehen – bis zum 4.11. wurden bei 16 Angriffen mindestens 67 Personen getötet – gehen auch die Diskussionen darüber weiter, ob und in welcher Form der Kongress beteiligt oder eingeschaltet wurden muss. Bedeutsam ist dabei die War Powers Resolution, ein Gesetz aus dem Jahr 1973. In Verbindung mit dem Vietnam-Krieg wurde damals geregelt, dass die Fortführung von „Feindseligkeiten“ (Hostilities) nach 60 Tagen beendet werden müssen, wenn der Kongress dem Militäreinsatz nicht zustimmt. In einem Artikel der New York Times wird darüber ausführlich berichtet. Eine entscheidende Frage ist dabei, wie der Begriff „Feindseligkeiten“ in Verbindung mit den aktuellen Militärschlägen auszulegen ist.

Dabei hat Donald Trump es der Administration mit früheren Aussagen schwer gemacht, ihren Standpunkt weiterhin durchzuhalten, dass für die Versenkung der Boote eine Zustimmung des Kongresses *nicht* erforderlich sei. Trump hatte nach Beginn der Militäroperationen entschieden, dass die Operationen ein formeller bewaffneter Konflikt seien. Das Justizministerium hat nun eine – meines Erachtens schwache Begründung dafür gefunden, warum die Versenkungen aber keine „Hostilities/Feindseligkeiten“ seine, die unter die 60-Tage-Begrenzung der War Powers Resolution fallen. Bei diesen Aktionen seien nämlich keine amerikanischen Soldaten in Lebensgefahr, da die Versenkungen meist mit Drohnen erfolgen, also weit entfernt von den Schiffen und deren Besatzungen (*nytimes.com,* 1./2.11.25: „War Powers Law Does Not Apply to Trump’s Boat Strikes, Administration Says“). Letztlich müsste sich der Kongress selbst aufraffen und seine verfassungsmäßigen Rechte und Zuständigkeiten einfordern. Doch angesichts der Mehrheitsverhältnisse in beiden Häusern und auch angesichts der Trump-Hörigkeit der republikanischen Führung ist eine solche „Palastrevolution“ des Kongresses nicht zu erwarten.

Die Karibik ist zum gefährlichen Meer geworden

Die Spannungen in der Region und in den Gewässern um Venezuela werden größer. Die „USS Gerald R. Ford“, der modernste Flugzeugträger der USA, ist vor kurzem mit ihren Begleitschiffen und etwa 5.500 Seeleuten in der Karibik eingetroffen, um die dort bereits stationierten Streitkräfte von 10.000 Soldatinnen und Soldaten und die dort bereits operierenden Schiffe zu verstärken. Am 21.11.25 warnte die US-Luftfahrtbehörde vor

Gefahren im venezolanischen Luftraum, und 6 Airlines fliegen das Land seit dem 22.11. nicht mehr an.

Das Militäraufgebot soll weiterhin vermeintliche Boote von Drogenschmugglern bekämpfen. Seit Beginn der Aktion wurden bis Mitte November bei 21 Luftschlägen 83 Personen getötet. Die Heilbronner Stimme stellt zu dem Truppenaufmarsch am 18.11.25 fest: „Dafür werden keine strategischen Langstreckenbomber oder das größte Kriegsschiff der Welt benötigt." Unklar ist noch immer, was Donald Trump in der Karibik und gegen Venezuela plant. Am 2.11.25 antewortete er im Verlauf eines Interviews bei CBS ausweichend: Ein Krieg gegen Venezuela sei unwahrscheinlich – aber Maduros Tage seien gezählt. Im privaten Gespräch sagten US-Beamte, sie seien Teil einer größeren Aktion, um Maduro auszuschalten. Und – so scheint es – diese Aktion ist noch nicht beendet. Eine Genehmigung des Kongresses liegt immer noch nicht vor.

(Quellen:

nytimes.com, 2.11.25: „Trump Says War With Venezuela Is Unlikely but Suggests Maduro's Time Is Up";
nytimes.com, 16.11.25: „Latest U.S. Strike on Boat in Pacific Kills 3, Southern Command Says";
tageschau.de, 23.11.25: „Nach Warnung der US-Luftfahrtbehörde: Airlines streichen Flüge nach Venezuela";
Heilbronner Stimme, 18.11.25: „Drogen, Umsturz oder Öl").

Der Shutdown hilft Donald Trump, die Legislative zu schwächen

Seit 1.10.25 herrschte Betriebsruhe in Washington D.C. und vielen Bundesbehörden und Bundeseinrichtungen im Land, zum Beispiel in Museen und Nationalparks, weil es die beiden Parteien nicht schafften, einen Haushaltskompromiss auszuhandeln. Der Shutdown verhinderte, dass Bundesbedienstete ihre Gehälter erhielten und die Fluglotsen wurden verpflichtet, ihren unersetzlichen Dienst ohne Bezahlung zu verrichten. Beschäftigte in den Stäben des Kongresses bezeichneten sich bereits als „ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter" der Vereinigten Staaten.

Seit 19.9.25 hatte Mike Johnson, der Speaker of the House das Repräsentantenhaus nicht mehr einberufen. Dies bedeutete, dass die Gesetzgebungsarbeit in Amerika ruhte, unter anderem mit sonderbaren Folgen. Eine vor einem Monat bei einer Nachwahl in Arizona gewählte Abgeordnete der Demokraten konnte ihr Mandat nicht antreten, weil sie nicht eingeschworen war. Die Berechtigten für den Bezug der Food Stamps – das sind Gutscheine für Bedürftige zum Bezug von Lebensmittel – mussten sich an Suppenküchen und Wohltätigkeitsorganisationen wenden, weil sie keine Food Stamps zum Einkaufen erhalten hatten. Die republikanische Senatorin Lisa Murkowski aus Alaska sagte: „Der Kongress ist ziellos. Es sieht so aus, als hätten wir aufgegeben und dies ist kein gutes Signal an die amerikanische Öffentlichkeit." Vermutlich kam dieser Stillstand der Legislative, nicht zuletzt bei ihrer verfassungsmäßigen Aufgabe der Kontrolle der Regierung, Donald Trump nicht ungelegen. Die New York Times beschreibt diese Situation mit einem komplizierten Schachtelsatz: „Während die Trump-Administration in der Zeit des Shutdowns, unter geringer Beteiligung des Gesetzgebers, Milliarden schwere Dollarbeträge umsetzt, um ihre Programmschwerpunkte zu verwirklichen und dabei die klare und verfassungsmäßige

Vorrangstellung des Kongresses über die Finanzen ignoriert, haben die Republikaner nichts unternommen, um dies zu verhindern.“ Die Aussage bedeutet im Klartext: Trump konnte durch den Shutdown tun und lassen, was er wollte, weil die republikanische Mehrheit im Kongress nichts dagegen tat. Der Kongress nahm seine Kontrollfunktion über das Regierungshandeln im Rahmen von Checks und Balances nicht wahr. Das Land war außer Balance geraten (*nytimes.com,* 22.10.25: „As Shutdown Drags and Trump Flexes, Congress Cedes Its Relevance”).

Donald Trumps kleine und große Schritte, mehr Entscheidungsmacht ins Weiße Haus zu holen

In den vorherigen Kapiteln habe ich am Beispiel der versenkten Boote in der Karibik und im Pazifik dargestellt, wie Donald Trump mit allen möglichen und unmöglichen Begründungen versuchte und weiter versucht, das Beteiligungsrecht des Kongresses bei Militäraktionen beteiligt zu werden oder diese genehmigen zu müssen, auszuhöhlen und in die Exekutive zu ziehen. In der bereits erwähnten umfangreichen Ausarbeitung der Heritage Foundation „Mandate for Leadership: The Conservative Promise“ – besser bekannt als „Project 2025“ – wird die Aufgabe des Präsidenten wie folgt beschrieben: „Aufgabe des modernen konservativen Präsidenten ist es, Grenzen aufzuzeigen, zu kontrollieren und den exekutiven Zweig (die Regierung) im Auftrag des amerikanischen Volkes zu führen.“ Dies klingt recht allgemein und unverfänglich, wären da nicht an vielen Stellen der 887-seitigen Handreichung nicht viele Aussagen darüber, was die zitierte allgemeine Aussage im Detail bedeutet. „Das Buch bezeichnet die Umsetzung des Programms des Präsidenten – vielfach werden dazu die Begriffe „Bedürfnisse“, „Ziele“ oder „Wünsche“ des Präsidenten genannt – als stets im „Einklang mit dem Gesetz stehend“ zitiert. Carlos Lozada vermerkt dazu in der New York Times: „Beim „Mandat for Leadership“ geht es nicht nur um die Kontrolle des Präsidenten über den exekutiven Zweig, sondern auch darum, dass die Exekutive ihre Macht über die anderen Zweige der Staatsgewalt ausdehnt. (Der Präsident erscheint in dieser Vorstellung als die oberste Gewalt im Land). Dem gegenüber „erleidet die Legislative und die Judikative viele kleine und auch eine Reihe von großen Einschnitten“ in ihre bisherigen Rechte und Zuständigkeiten. Die Kontrollbefugnisse des Kongresses werden im Laufe der Zeit auf unterschiedliche Art und Weise verschwinden.

Im „Project 2025“ wird sogar empfohlen, an Stelle des bisherigen langwierigen Bestätigungsprozesse für leitendes Personal der Exekutive durch den Kongress sollte die neue Administration die Amtsträger sofort in ihr Amt berufen. Diese könnten dadurch ohne zeitliche Verzögerung sofort damit beginnen, die Agenda des Präsidenten umzusetzen. Im Endeffekt wäre dadurch der bisherige echte Prozess der ‚Confirmation‘ und die Mitwirkung des Kongresses abgeschafft. Dies entspräche zweifellos auch den Vorstellungen eines Präsidenten, der etwa die Juristen des Landes als „meine Richter“ und den früheren Speaker of the House, (Kevin McCarthy) „mein Kevin“ bezeichnet hat, vermerkt dazu Carlos Losada. Der „moderne konservative Präsident“ der USA hätte damit die Stellung ähnlich der eines Königs erreicht; die Checks and Balances im Sinne einer Gewaltenteilung und gegenseitigen Kontrolle wären abgeschafft (*nytimes.com,* 29.2.24: „What I Learned When I Read 887 Pages of Plans for Trump’s Second Term“).

Der Berufungsprozess leitender Amtsträger, etwa der Regierungsmitglieder, lief zwar dies Mal wie bisher im Kongress, doch häufig stand die Loyalität zu Präsident Trump über und vor

der fachlichen Kompetenz. Die MAGA-Unterstützer im Senat haben die von der Administration vorgeschlagenen Aspiranten – zum Beispiel auch den unerfahrenen Pete Hegseth als Verteidigungsminister und Robert Kennedy jr. als Gesundheitsminister – über alle Hürden getragen.

Eine Administration, in der das Führungspersonal auf die volle Loyalität zum Präsidenten eingeschworen wurde, mag zwar schnell arbeiten, da interne Sachdiskussionen kaum stattfinden. Doch bloße Loyalität kann die Zielvorstellung – fachlich kompetenter und qualifizierter Ergebnisse – stark gefährden. Fehler und undurchdachte Entscheidungen geschehen früher oder später geradezu zwangsläufig. Die seit Trumps Amtsantritt eingereichten vielen Klagen gegen seine Dekrete deuten hin auf fachliche und rechtliche Mängel bei deren Ausarbeitung. Der Versuch, die Arbeit im Kongress – vor allem in den Ausschüssen – zu umgehen und damit „schneller" zu werden, landet oft vor den Schranken der Gerichte.

Ein weiteres Beispiel wie Trump an den Rechten der Legislative schnippelt

In zwei ausführlichen Berichten schildert die New York Times, wie Trump – entsprechend den Handlungsanweisungen des „Project 2025" – die Kontrollrechte des Kongresses stückchenweise abknabbert. Der beschriebene Vorgang erscheint auf den ersten Blick wie eine Kleinigkeit, hat jedoch das Zeug, zum Verfassungsstreit zwischen dem Kongress und dem Weißen Haus zu werden. Es geht um das in der US-Verfassung verbriefte Kontrollrecht des Kongresses über die Exekutive und damit auch über verschiedene Zweige des Geheimdienstes.

Der Vorgang wurde dadurch verschärft, dass die Influencerin und „weit rechts stehende Verschwörungstheoretikerin" Laura Loomer – vorstehend die Beschreibung von Loomer in der New York Times – in den sozialen Medien über interne Vorgänge aus dem Hauptquartier der National Geospatial-Intelligence Agency (NGA), einem Zweig des Geheimdienstes, öffentlich schrieb. Loomer begleitet kein Regierungsamt, doch sie pflegt offenbar Kontakte bis in höchste Führungskreise.

Zum Vorgang selbst: Senator Mark Warner – Demokrat aus Virginia und Vorsitzender des Intelligence Committees des Senats – hatte einen Besuch bei der NGA vereinbart. Unter anderem sollte ein Treffen mit Vize Admiral Frank Whitworth, dem Chef der Agency und ein Briefing über den Einsatz künstlicher Intelligenz bei der NGA stattfinden. Der Besuch war als „classified" bezeichnet, also „nicht für die Öffentlichkeit bestimmt". Die New York Times erläuterte dazu, dass die Mitglieder der Kongress-Ausschüsse bisher breiten Zugang zu den verschiedenen Bereichen des Geheimdienstes haben, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sicherzustellen, dass die Dienste effizient, wirksam und rechtlich korrekt arbeiten.

Am 31.8.25 postete Laura Loomer in den sozialen Medien einen Angriff auf Senator Warner wegen dessen Kritik an der für die Geheimdienste zuständigen Tulsi Gabbard und Loomer kritisierte auch Vize Admiral Whitworth dafür, dass er mit dem Senator sprechen wolle. Loomer schrieb: „Warum erlaubt das Pentagon und die IC (Intelligence Community) dem Direktor einer Dienststelle des Geheimdienstes, einen fanatischen Anti-Trump Demokraten zu empfangen? Offensichtlich haben viele Akteure des „Deep State" eine Zulassung zu den

Geheimdiensten, um ihre Sabotage-Bemühungen von Trump und der Trump Administration fortzusetzen."

In einem Interview am 3.9.25 legte Loomer noch einen drauf: „Mr. Warner sollte aus seinem Amt entlassen und wegen Geheimnisverrat angeklagt werden." Darüber hinaus werde sie weiterhin fordern, dass Admiral Whitworth als „ein Überbleibsel aus der Biden-Administration" entlassen wird. Sie teilte mit, die Informationen über den beabsichtigten Warner-Besuch bei der NGA habe sie von einer Person innerhalb der Agency erhalten.

Am 2.9.25 erteilte das Pentagon der NGA die Anweisung, das Treffen mit Senator Warner abzusagen. Außerdem wurden die Regeln für Besuche aus dem Kongress bei den Geheimdiensten geändert: Künftig werden nur noch Besuche erlaubt, bei denen beide Parteien vertreten sind. „Eine Regelung, die es so für Mitglieder des Kongresses nie zuvor gegeben hat", schrieb die New York Times. Senator Warner stellte die Frage in den Raum, ob das Kontroll- und Aufsichtsrecht des Kongresses damit gestorben sei. „Wohin wird dies führen? Wenn sich keiner meiner republikanischen Kollegen zu Wort meldet, bedeutet dies das Ende jeglicher Aufsicht." Offenbar beklagten auch andere Kongressmitglieder, dass die Administration in wachsendem Maß Informationen zurückhält. Die Trump Administration hat sich zum Beispiel geweigert, die Einschätzungen des Geheimdienstes zum Stand des Nuklearprogramms des Irans den Mitgliedern der Geheimdienst-Ausschüsse des Kongresses mitzuteilen, wie dies in der Vergangenheit geschehen ist. Diese Auseinandersetzung dürfte sich ausweiten.

(Quellen:

nytimes.com, 3./4.9.25: „Senator's Visit to Spy Agency Was Canceled After Laura Loomer Complained";
nytimes.com, 7.9.25: "Trump Tramples Congress's Power, With little Challenge From G.O.P.").

Das Weiße Haus untergräbt die Rechte des Kongresses – Die Republikaner lassen es geschehen

Im Zusammenhang mit der vom Pentagon veranlassten Absage des Warner-Besuchs bei der NGA wurden in der New York Times zwei Fragenkomplexe besprochen:

(1) Der offenbar wachsende Einfluss der konservativen Aktivistin Laura Loomer in und auf die Geheimdienste

Loomer stellte die Loyalität mehrerer Bediensteter der Geheimdiensten infrage und wirkte mit beim Rauswurf des Direktors der National Security Agency, seines Stellvertreters und des Leiters der Rechtsabteilung. Sie behauptete, bei der Zusammenstellung einer Liste mit den Namen von 37 Namen aktueller und früherer Geheimdienst-Beamter mitgewirkt zu haben, deren Sicherheitsfreigabe vor kurzem widerrufen wurde. Sonator Warner, der Vorsitzende des Geheimdienstausschusses des Senats – er hat Loomer als „trolling blogger" („Provokante Bloggerin") bezeichnet – beklagte, dass „diese außenstehende Person, die vor den Zeiten dieser Administration als Witzfigur angesehen wurde, nun ständig durch die Intelligence

Community streife und Leute erledigt.“ Loomers Bemühungen, erfahrene Analytiker des Geheimdienstes zur Zielscheibe zu nehmen, sei zutiefst beunruhigend.

(2) Warum leisten die Republikaner im Kongress so wenig Widerstand gegen die Art und Weise, wie Trump den Kongress verachtet?

Die New York Times beschrieb die aktuelle Realität wie folgt: „Nahezu ein Jahrhundert lang haben sowohl demokratische als auch republikanische Präsidenten versucht, mehr Macht zu erlangen, um insbesondere ihre Außenpolitik und militärischen Operationen durchzuziehen, und es ist ihnen – mit wenigen Ausnahmen – gelungen, dabei den Einfluss des Kongresses zu beschneiden. Der wesentliche Unterschied heute ist jedoch der Grad von Verachtung, den Trump dem Kongress entgegenbringt, sowie die Bereitschaft der GOP-Führung, sich zurückdrängen zu lassen, selbst wenn sie damit ihre an sich gleichrangige Stellung in der Staatsspitze untergraben.

„Tatsache ist, die Republikaner im Kongress haben kapituliert und den Widerstand bei der Geltendmachung ihrer Rechte aufgegeben“, sagte der demokratische Kongressabgeordnete Jason Crow aus Colorado, ein Mitglied des House Armed Services and Intelligence Committees. Die Republikaner weisen solche Aussagen zurück, die Zuständigkeiten des Kongresses bei der Aufsicht über das Weiße Haus aufgegeben zu haben. Sie argumentieren, der Präsident übe seine exekutiven Befugnisse mit dem Ziel aus, die ausufernde Bürokratie des Bundes in den Griff zu bekommen. Allerdings hat Senator Thune von South Dakota, der Vorsitzende der GOP-Mehrheitsfraktion im Senat, angesichts der Flut von Entlassungen bei den Bundesbehörden kritisch vermerkt: „Wir bestätigen (confirm) diese Leute und machen uns dabei große Mühe und am Ende bleiben sie nur einen Monat im Amt.“

Unzufriedenheit gibt es im Kongress auch darüber, dass das Weiße Haus Gelder und Zuschüsse an verschiedene Organisationen nicht abwickelt, obwohl die Mittel ausdrücklich im Haushalt bereitgestellt wurden. „Nur dem Kongress wurde in der Verfassung die Verantwortung/Zuständigkeit für die Finanzierung der Verwaltung übertragen“, sagte dieser Tage Lisa Murkowski, die republikanische Senatorin von Alaska. „Jeder Versuch, diese Mittel unter Umgehung des Bereitstellungsprozesses wieder einzusammeln, verletzt die Verantwortung (des Kongresses).“ Bis jetzt haben sich die Republikaner im Kongress mit Kritik an der Trump-Administration sehr zurückgehalten, selbst als sie traditionelle Zuständigkeiten und Verantwortungsrechte des Kongresses untergrub, stellte die New York Times fest (siehe die oben genannten Berichte der NYT vom 3.9. und 7.9.25).

Allerdings hat die konservative Mehrheit der Richter des Supreme Courts mit einer verfahrenstechnischen Entscheidung in einem solchen Fall der Administration den Rücken gestärkt. Der Administration wurde erlaubt, 4 Mrd. Dollar an Auslandshilfen weiterhin zurückzuhalten, obwohl diese vom Kongress bewilligt waren. In der kurzen Verfügung des Gerichts wird festgestellt, dass die Flexibilität des Präsidenten in der Außenpolitik stärker zu gewichten sei, als der „mögliche Schaden“ der auf die Empfänger zukomme. Das Gericht wies jedoch ergänzend darauf hin, diese Entscheidung sei vorläufig, da der Rechtsstreit darüber noch laufe. Der Beschluss „solle nicht als endgültige Entscheidung zur Sache betrachtet werden.“

Drei liberale Richterinnen des Supreme Courts waren abweichender Meinung. Der Sachverhalt sei zu schwerwiegend, um in einem Eilverfahren behandelt zu werden. „Der Einsatz ist zu hoch: Es geht um die Zuordnung der Entscheidungsmacht zwischen der

Exekutive und dem Kongress darüber, wie die Mittel des Staates ausgegeben werden," schrieb die Richterin Elena Kagan, unterstützt von Sonia Sotomayor und Ketanji Brown Jackson.

Im Bericht der New York Times zu diesem Vorgang wird vermerkt, dass der Supreme Court mit seiner Mehrheit konservativer Richter immer wieder die Eilbedürftigkeit von Verfahren zugestanden habe. Obwohl es sich dabei um verfahrenstechnische Zwischenverfügungen handle, hätten diese jedoch weitreichende Folgen, weil sie (zum Beispiel) der Regierung erlauben, hunderttausenden Migranten den Schutzstatus zu entziehen, unabhängige Aufsichtsbeamte zu entlassen und transgender Soldaten aus dem Militär zu entlassen.

Die Richterinnen Kagan, Sotomayor und Jackson kritisierten die Entscheidungsbegründung der Gerichtsmehrheit. Sie widersprachen auch den Argumenten der Administration, durch die Auszahlung der Hilfsgelder und die Notwendigkeit, mit den Hilfsorganisationen zu verhandeln, würde dem Land ein Schaden entstehen. „Dies ist der Preis dafür, dass wir unter einer Verfassung leben, die dem Kongress das Recht gibt, durch die Verabschiedung von Gesetzen Gelder zu bewilligen *(nytimes.com,* 26.9.25: „Supreme Court Allows Trump to Slash Foreign Aid").

In einem weiteren Bericht der New York Times wird beschrieben, wie durch eine ungenau ausgearbeitete Bekanntmachung einer neuen Visa-Bestimmung für ausländische Fachkräfte durch das Weißen Haus Konfusion und Chaos entstand. Am Freitag, 19.9.25 hatte der Präsident verkündet, dass für hochqualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland ein Visum erforderlich wird, für das eine Gebühr in Höhe von 100.000 Dollar zu zahlen sei. Davon betroffen waren insbesondere Fachkräfte bei den High-Tech Firmen. Sofort nach dieser Ankündigung entstand bei Firmen wie etwa Microsoft, Amazon und JP Morgan Unsicherheit, da die Vorschrift bereits am 21.9. um Mitternacht in Kraft treten sollte. Die Firmen informierten umgehende ihre Fachkräfte, die gerade im Ausland tätig waren oder sich bei ihren Familien im Herkunftsland aufhielten, vor diesem Termin in die USA zurückzukehren. Am Abend des Samstags, 20.9., versuchte die Administration die Lage zu beruhigen und teilte mit, die neue Regelung gelte nur für neu einreisende Fachkräfte. Wer bereit ein sog. H-1B-Visum besitze, könne ohne weiteres aus- und einreisen. Doch bei den betroffenen Firmen herrschte weiterhin Hochspannung. Der zuständige Mitarbeiter für Migration bei Ogletree Deakins sagte, er sei überschwemmt worden mit allen möglichen Fragen. „Wir fliegen noch immer in einer undurchsichtigen Lage."

Neben der durch den Trump-Schnellschuss, ausgerechnet an einem Freitag, entstandenen Verunsicherung zeigt dieser Vorgang jedoch auch die Widersprüche der Trump'schen Migrationspolitik. „America first" bedeutet auch, dass bei der Stellenbesetzung einheimische Kräfte bevorzugt werden sollen. Präsident Trump hat versprochen, dass amerikanische Arbeitskräfte Vorrang haben … die Betriebe sollen entmutigt werden, das System (mit Ausländern) zu überschwemmen und dadurch die Löhne zu drücken", wurde aus dem Weißen Haus verlautbart.

Integrations-Hardliner haben auch das H-1B-Visaprogramm für hochqualifizierte ausländische Fachkräfte aufs Korn genommen. Gegenwärtig werden jährlich maximal 85.000 H-1B-Visas ausgestellt, der größte Teil der Fachkräfte kommt aus Indien. Allein Microsoft beschäftigt über H-1B etwa 5.200 Fachkräfte. Da nicht absehbar ist, was auf diesem Gebiet noch alles passieren könnte, hat Microsoft seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern empfohlen, in absehbarer Zeit nicht auszureisen, denn womöglich ist eine Wiedereinreise plötzlich nicht mehr möglich.

In den betroffenen Bereichen wird befürchtet, dass es infolge der hohen Gebühr von 100.000 Dollar künftig schwer wird, solche Arbeitsplätze zu besetzen. Gespräche mit der Administration laufen, mit dem Ziel, der Administration zu helfen „die vollen Zusammenhänge verständlich zu machen."
Adam Kovacevich, der CEO von Chamber of Progress, eines links orientierten Zusammenschlusses von Betrieben der Tech-Industrie formulierte das zu lösende Problem wie folgt: „Gegenwärtig führen wir den AI-Krieg mit China mit einer auf dem Rücken gefesselten Hand. Es gibt nur eine beschränkte Anzahl AI-Toptalente und einige davon wurden im Ausland geboren" *(nytomes.com,* 20./22.9.25: Trump's $ 100.000 Visa Fee Spurs Confusion and Chaos").

Und in der Tat nützt China das restriktive Durcheinander und die hohen Visa-Gebühren in Amerika geschickt aus. Seit 1.10.25 bietet Peking im Zuge einer Kampagne mit dem Ziel, Spitzenkräfte ins Land zu holen, eine neue Visa-Kategorie „K" an, die speziell darauf abzielt, Graduierte aus Spitzenuniversitäten mit wissenschaftlichen, technischen, Mathematik- und Ingenieur-Abschlüssen zum weiteren Studium oder zum Arbeiten nach China zu holen.

Die New York Times vermerkte dazu, dass China in manchen Bereichen der Spitzentechnologie noch hinter den USA herhinkt, dass es jedoch sehr bemüht ist, aufzuholen. Meines Erachtens wird es auch auf diesem Feld in den nächsten Jahren zwischen China und Amerika einen heftigen Konkurrenzkampf geben. Ich wage die Prognose: Amerika wird diesen Konkurrenzkampf verlieren, wenn es seine „America first"-Einstellungen des Misstrauens gegen Fremde und gegen Migranten nicht aufgibt. Im MAGA-Lager wird es auch darüber hitzige Diskussionen zwischen den Ideologen und den Realisten geben *(nytimes.com,* 26.9.25: „As Trump Tightens Visas, China Woos World's Science Graduates").

Außer Verunsicherung und Chaos um die exorbitanten H-1B-Gebühren hat die Administration seit kurzem eine Klage am Hals, die am 3.10.25 beim Northern District of California dagegen eingereicht und umfangreich begründet wurde. Darunter die Grundsatzfrage: Hat der Präsident das Recht, einseitig und unter Umgehung der dafür geltenden Verfahrensvorschriften Steuern oder andere Maßnahamen anzuordnen, um höhere Einnahmen zu erzielen? Dieses Recht steht dem Kongress zu.

Die Klägergruppe stellte weiter fest, die Regierung habe nicht berücksichtigt, dass eine derart happige Visagebühr Krankenhäuser, Kirchen, Schulen, kleinere Betriebe und Geschäfte und gemeinnützige Organisationen, die H1-B-Personal beschäftigen, dadurch geschädigt werden. Der Immigration and Nationality Act erlaube es dem Präsidenten nicht, diese Gebühr zu erheben. Nach diesem Gesetz könne der Präsident zwar die Einreise von Migranten aussetzen, falls diese die Interessen der Vereinigten Staaten schädigen, dabei gehe es jedoch um deren Vorleben außerhalb der USA. Bei der Verfügung des Präsidenten handle es sich aber um einen inneren Vorgang. Einrichtungen des Gesundheitswesens stellten fest, die Gebühr werde den Ärztemangel steigern und die Patientenversorgung schwieriger machen. Ohne Krankenpflegekräfte von außerhalb müssten die Kapazitäten von Intensivstationen, bei der Notaufnahme und der Chirurgie reduziert werden *(nytimes.com,* 3.10.25: „Groups File Suit Over Trump's $ 100.000 H-1B Visa Fee").

Allerdings erhielt Trump auch Zustimmung zu der H-1B-Reform, so zum Beispiel vom Center for Immigration Studies, das sich für Restriktionen bei der Einwanderung ausgesprochen hat. Offenbar wird dabei jedoch das Kind mit dem Bad ausgeschüttet und einer undifferenzierten Politik das Wort geredet. Wenn im Gesundheitswesen des Landes

Personal fehlt, der aus dem Inland nicht gedeckt werden kann, ist es widersinnig, die Gewinnung von Personal von draußen durch hohe Hürden zu verhindern. Wieder – ähnlich wie bei anderen Trump-Schnellschüssen – muss ein Gericht darüber entscheiden, was dem Wohl des Landes dient und was nicht.

Warum akzeptieren die Republikaner Trumps „Power Grab“?

Zurück zur Grundproblematik dieses Abschnitts, den bereits gelungenen und noch kommenden Versuchen Trumps – entgegen der US-Verfassung – Kompetenzen der Legislative ins Weiße Haus, also in die Exekutive, zu ziehen, und warum die Republikaner dagegen kaum Widerstand leisten. Schon während seiner ersten Amtszeit hat Donald Trump deutlich gemacht, dass er von der amerikanischen Verfassung nicht viel hält. So redet er immer wieder von einer dritten Amtszeit als Präsident, obwohl dies die Verfassung nicht zulässt.

Wahlergebnisse – die demokratische Entscheidungsbekundung des Wahlvolks – akzepotiert Trump nur, wenn er der Sieger ist. Verliert er – so wie 2020 – scheut Trump vor ungesetzlichen Aktionen nicht zurück. Als sich Mike Pence, der damalige Vizepräsident am 6.1.21 weigerte, das Wahlergebnis auf Verlangen Trumps nicht anzuerkennen, rief Trump einen Mob von Unterstützern zum Marsch auf das Kapitol auf. Das anschließende (zweite) Amtsenthebungsverfahren war die letzte Möglichkeit für die Republikaner, die nochmalige Kandidatur Trumps zu verhindern. Nur wenige GOP-Senatoren haben im Senat für die nachträgliche Amtsenthebung gestimmt. Mitch McConnell, der damalige Mehrheitsführer der Republikaner im Senat hat bei der entscheidenden Abstimmung für Trump gestimmt und anschließend, als es um Nichts mehr ging, öffentlich erklärt, Trump sei schuldig. Kevin McCarthy, der damalige Minderheitenführer der GOP im Repräsentantenhaus hat Trump zunächst öffentlich verdammt, nur um wenige Tage später nach Mar-a-Lago zu reisen und bei Trump Abbitte zu tun.

Schon damals – 2021 – hat sich ein großer Teil der republikanischen Führung Donald Trumps Willen unterworfen. Einige wenige, wie etwa die Kongressabgeordneten Liz Cheney und Adam Kinzinger, leisteten Widerstand, wurden jedoch von ihrer Partei in die politische Wüste geschickt. Jahre später, am 6.2.24, unterschrieben mehr als 60 Mitglieder der republikanischen Fraktion des Repräsentantenhauses unter Führung des Abgeordneten Matt Gaetz aus Florida und der Abgeordneten Elise Stefanik aus New York eine Resolution, in der stand, Trump habe sich nicht an einem Aufstand beteiligt. JD Vance, der heutige Vizepräsident, hatte damals im Senat eine entsprechende Resolution eingebracht *(nytimes.com,* 6.2.24: „Dozens of House Republicans Declare Trump’s Jan. 6 Actions Were Not Insurrection“). Es war nicht der letzte Treueschwur der Republikaner für Trump.

„Die einstmals stolze Republikanische Partei ist zur Erfüllungsgehilfin des US-Präsidenten verkommen“, schreibt Boris Herrmann, der New York – Korrespondent der Süddeutschen Zeitung. „Selbst Trumps Kritiker nicken am Ende fast alles ab. Warum nur?“ Und Herrmann beantwortet die Frage so: „Die Angst regiert mit.“ Trump hat eine innerparteiliche Autokratie errichtet. Wer ihm widerspricht, wird als politischer Feind betrachtet, im Netz gebrandmarkt und bei den nächsten Vorwahlen mit einem Trump-treuen Gegenakndidat bekämpft. Boris Herrmann zitiert eine Aussage von Lisa Murkowski, der als selbstbewusste innerparteilichen Trump-Kritikerin bekannten republikanischen Senatorin aus Alaska: „Wir haben alle Angst“, sagte sie im April dieses Jahres. Bei der Abstimmung über das

Haushaltsgesetz – Trumps ‚Big Beautiful Bill' – musste sie sich entscheiden und hat zugestimmt. Zur Erläuterung ihrer Entscheidung sagte sie: "Finde ich dieses Gesetz gut? Nein." Sie wisse, dass es vielen Amerikanern schaden werde. Ähnlich wie Lisa Murkowski mögen auch andere Kolleginnen und Kollegen empfinden. Boris Herrmann sieht eine ganze Partei im Dilemma zwischen Überzeugung und Unterwerfung (*sueddeutsche.de,* 5.9.25: „Die Angst regiert mit").
.

Die New York Times berichtete, wie sich die Republikaner selbst die Hände banden und deshalb bis zum 31.3.26 keine Abstimmung über Zölle erfolgen wird und dabei womöglich Trumps Vorgaben revidiert werden können. Angesichts der knappen Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus bestand bei dem einen oder der anderen Abgeordneten, die über viele Jahre hinweg für freien Handel und gegen Zölle votiert hatten, die Gefahr, dass sie womöglich einen Antrag der demokratischen Minderheit unterstützen und Trump in Verlegenheit bringen könnten. Deshalb wurde am 16.9.25 einem Beschluss, bei dem es um ein völlig anderes Thema ging – nämlich um Strafverschärfungen im Distrikt von Washington DC -- eine winzige Geschäftsordnungsbestimmung angefügt, die verbietet, dass bis zum 31.3.26 Zollfragen behandelt werden. Die Republikaner begründeten diese Maßnahme mit dem Argument, dass Trumps Handelspolitik funktioniere.

Im Bericht der NYT wird dazu erwähnt, dass einige Republikaner sich angesichts dieser Handhabung „sichtlich unwohl" gefühlt hätten. Zitiert wird dazu der Abgeordnete Don Bacon aus Nebraska, der auf Artikel I der Verfassung verwies, der dem Kongress die Zuständigkeit für Zölle zuweist – „und Zölle sind Steuern, die dem amerikanischen Verbraucher auferlegt werden." Doch Don Bacon und andere Zweifler wurden vor der Abstimmung umgestimmt mit der Zusage, dass man die Zollfragen weiter behandeln wolle, unter anderem in einer neuen Arbeitsgruppe für Zölle *(nytimes.com,*16.9.25: „G.O.P. Again Cedes Power on Tariffs to Avoid Crossing Trump").

Zwei Entwicklungen könnten das Trump'sche Zollregiment zumindest teilweise ins Wanken bringen: Die noch ausstehende Entscheidung des Supreme Court über die dort zu behandelnden Klagen gegen die Zölle, bei denen es nicht zuletzt um die Grundsatzfrage der Zuständigkeit des Kongresses geht. Druck für Trump könnte auch die steigende Unzufriedenheit des Wahlvolks bringen, falls die Verbraucherpreise weiter steigen. Zwar sinken die Zustimmungswerte für Trump in manchen Bevölkerungsgruppen, doch insgesamt sind seine Zahlen seit längerer Zeit stabil. Will heißen, seine harte Fanbasis hält nach wie vor zu ihm.

Doch dann kamen mehrere Wahlschlappen für Trump

Am 4.11.25 fanden in New Jersey und Virginia Gouverneurswahlen und in New York die Bürgermeisterwahl statt und bei allen drei siegten die Kandidatinnen bzw der Kandidat der Demokraten. Bei *tagesschau.de* wird dazu festgestellt, dass vor allem die Gouverneurswahlen in New Jersey und Virginia als Stimmungstest für Trump galten: „und der fiel einigermaßen schlecht aus… Viele Menschen haben Sorge um die Wirtschaft – und damit auch um den eigenen Wohlstand. Die Inflation ist nach wie vor hoch, Mieten und Hauspreise für viele unerschwinglich – ein zentrales Thema in den Wahlprogrammen der erfolgreichen Kandidatinnen und des Kandidaten" *(tagesschau.de,* 5.11.25: „Gleich mehrere Wahlschlappen für Trumps Republikaner").

Trump hat bei einem Thema verloren, mit dem er ein Jahr zuvor die Präsidentschaftswahl gewonnen hat: Der Wirtschaftspolitik. Am 14.11.25 reagierte Trump. Er unterschrieb ein Dekret, durch das die Zölle auf bestimmte Agrarprodukte, darunter Rindfleisch, Tomaten, Kaffee, Tee, Fruchtsäfte, Bananen und Orangen gesenkt wurden. Im Weißen Haus war von einer „Anpassung" die Rede; die Süddeutsche Zeitung schrieb „Trump rudert bei Zöllen zurück" – und dies trifft wohl den Kern dieser Entscheidung. Entgegen allen Warnungen aus der Wirtschaft und aus der Wissenschaft, dass die Zölle zu Preissteigerungen führen würden, hatte Trump über Monate hinweg seine Zoll- und Handelspolitik als das Nonplusultra seiner Wirtschaftspolitik gepriesen. Doch die Kritiker fühlen sich bestätigt. Hakeem Jeffries, der Minderheitsführer der Demokraten im Repräsentantenhaus schrieb auf „X": Donald Trump hat gerade offen zugegeben, dass er für die explodierenden Lebensmittelkosten verantwortlich ist, indem er seine umfassenden Zölle auf Güter des täglichen Bedarfs zurückgenommen hat. Zu wenig, zu spät" *(sueddeutsche.de,* 15.11.25: „Trump rudert bei Zöllen zurück – Kritiker fühlen sich bestätigt").

Ähnlich urteilt die New York Times. Diese hatte bereits vor der Bekanntgabe der Zollsenkungen von entsprechenden Absichten erfahren und schrieb am 13.11.25: „Sollte es angesichts der Sorgen um die Finanzierbarkeit der Lebenshaltungskosten zur Umsetzung dieser Vorschläge kommen, wäre dies der jüngste Rückschritt bei einem Schlüsselprojekt der Wirtschaftspolitik Trumps, obwohl dieser – fälschlicherweise – behauptete, die Preise seien gefallen *(nytimes.com,* 13.11.25: „Trump Administration Prepares Tariff Exemptions in Bid to Lower Food Prices").

Die Heilbronner Stimme beschreibt, was dem Rückzieher Trumps vorausging und was der Rückzieher bedeutet: „Als Präsident verfolgt Trump eine aggressiver Zollpolitik. Seit Januar verhängte er gegen viele Länder teils sehr hohe zusätzliche Importzölle. Die US-Regierung wirft den Ländern vor, von einem jahrelangen Ungleichgewicht bei den Zollregeln zum Nachteil der USA profitiert zu haben. Zuletzt verhandelten viele Länder nach und schlossen Handelsabkommen, was der Republikaner als seinen persönlichen Erfolg darstellte. Wirtschaftsexperten betonen jedoch, dass es bei solch einer radikalen Zollpolitik im Grunde nur Verlierer gebe." *(Heilbronner Stimme,* 17.11.25: „Trump nimmt Zölle auf Bananen, Rindfleisch und Kaffee zurück"). Dieser Rückzieher bedeutet, dass Trumps erratische Zollpolitik gescheitert ist, oder zumindest nicht all die Vorteile für die USA erreicht wurden, die er immer wieder wortreich verkündet hat. Es ist mit weiteren „Anpassungen" bei Trumps Zollpolitik zu rechnen. Übrig wird am Ende das Durcheinander im Welthandel bleiben und Zweifel und Misstrauen der Verbündeten der USA in die Verlässlichkeit der westlichen Führungsmacht.

Offen ist nach wie vor, wie tiefgreifend das Umdenken in der amerikanischen Wählerschaft fortgeschritten ist. Die Zwischenwahlen finden im November 2026 statt. Bis dahin kann noch viel geschehen.

Wie bewertet das Wahlvolk Trumps Performance?

Es geht um die Frage, wie Trumps „Aktien" – über die Erkenntnisse aus den Wahlen vom 4.11.25 hinaus, die lediglich in einigen Bundesstaaten stattfanden – insgesamt im Land stehen. Die New York Times veröffentlicht seit Trumps Amtsantritt im Januar 2025 laufend

ein Schaubild „President Trump's Approval Rating", das mit zwei Kurven zeigt, wie das die Amerikaner die Amtsführung des Präsidenten bewerten. Die dargestellten Prozentzahlen und Kurven dürften den tatsächlichen Einstellungen der Wählerinnen und Wähler sehr nahekommen, denn sie stützen sich nicht nur auf die Umfrageergebnisse nur eines Instituts. Eingearbeitet werden vielmehr die täglichen Durchschnittswerte der Erhebungen von dutzenden Institutionen und Organisationen.

Die ersten Zahlen im Schaubild zeigen Trumps Werte am 27.1.25, also 7 Tage nach der Amtseinführung am 20.1.25. Damals lag Trumps Approval Rating (Zustimmungswert) bei 52 %. Negativ beurteilt wurde Trump am 27.1.25 von 43 % der Amerikaner.

Interessant ist, wie sich die beiden Kurven langsam verändern, sich näherkommen und schließlich kreuzen: Die negative Bewertungskurve geht nach oben, die positive nach unten – am 11.3.25 wurde bei 48 % der Gleichstand erreicht. Will heißen, dass bereits rund sechs Wochen nach seinem Amtsantritt der Vertrauensbonus Trumps aufgebraucht war. „Disapprove" (die negative Kurve) stieg langsam weiter und stand am 30.9.25 bei 54 %. „Approve" (die positive Kurve) fiel ganz langsam und stand am 30.9.25 bei 43 %. Dabei ist bemerkenswert, dass die negative Prozentzahl (43 %) seit Wochen nicht mehr weiter fällt. Das will heißen, dass Trumps „hard core" Fans – der harte Kern der MAGA-Wählerschaft – noch unverändert hinter ihm steht, während die „Disapprove"-Kurve noch langsam ansteigt. Dazu schreibt die New York Times: „Während der letzten Monate blieb Präsident Trumps Einschätzungsquote zäh und stabil; darin spiegelt sich wider, dass sich die Meinungen der meisten Wähler über ihn verfestigt haben. Bei der letzten Times/Siena Befragung war das Ergebnis nach dem stürmischen Sommer nahezu unverändert und obwohl die meisten Republikaner Trump zuschreiben, er habe die Wirtschaftslage verbessert (*nytimes.com,* 30.9.25: „President Trump's Approval Rating: Latest Poll").

Demnach hat das Zoll-Chaos die Einstellung der eingefleischten MAGA-anhänger nicht verändert. Das Reservoir der zweifelnden Unabhängigen (Independents) dürfte inzwischen ausgeschöpft sein. Für gravierende Meinungsverschiebungen müssten der aktuellen Zahlen von Anfang Oktober 2025 weitere gravierende Entwicklungen geschehen, um größere Teile der Trump-Fangemeinde umzustimmen.

Und tatsächlich ist angesichts der noch immer steigenden Lebenshaltungskosten Bewegung in die Kurven gekommen. Am 15.11.25 meldete die New York Times 41 % „Approve" und 55 % „Disapprove". Dazu wurde erläutert: „Präsident Trumps Zustimmungswert ist über die letzten Monate langsam gefallen. Nach der jüngsten CNN/SSRS-Erhebung stimmen nur 37 % der Amerikaner seiner Job-Performence zu – die ist ein neuer Tiefstand in seiner zweiten Amtszeit. Die meisten Amerikaner äußerten bereits Unzufriedenheit über den Zustand des Landes und seiner Wirtschaft (*nytimes.com,* 15.11.25: „President Trump's Approval Rating: Latest Poll").
Diese Zahlenentwicklung lässt den vorsichtigen Schluss zu, dass die Unzufriedenheit über die Wirtschaftsentwicklung in Amerika über die Standorte und Bundesländer hinausreicht, in denen am 4.11.25 Trump und die Republikaner die Wahlen verloren.

Dazu zeichnet Michael Haas am 12.9.25 in der Süddeutschen Zeitung ein pessimistisches Bild. Er schriebt von einer „Verharmlosungswelle" in den amerikanischen Medien, die „unliebsame Wahrheiten unter Schmeicheleien begräbt."

„Zeitungen, Radio- und Fernsehsender zwischen New York und Los Angeles beschönigen und verharmlosen all das, was der Präsident so tut. Und werben munter weiter dafür, ihm den

Friedensnobelpreis zu verleihen. Wahrheit ist offenbar das, was ihm gefällt… Wer amerikanische Medien konsumiert, weiß, dass hier alles läuft wie geschmiert, auch die Wahrheitsbeugung. Damit meine ich nicht nur die offensive Trump-Propaganda der Hofberichterstatter von Fox „Faux“ News, dem meistgesehenen Nachrichtensender der USA, der Donald Trump längst auf dem Weg zum Friedensnobelpreis wähnt…“ *(sueddeutsche.de,* 12.9.25: Trump, der „Vollbluthengst“, bekommt Bestnoten von den Medien“; Kolumne von Michael Haas).

(Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, dass es – anders als etwa Fox News – Fernsehsender wie etwa CNN und Zeitungen, wie die New York Times gibt – die den Wahrheitsgehalt Trump'scher Aussagen oder die politischen Folgen der MAGA-Politik kritisch untersuchen. Diese Medien hat Trump wiederholt als „Feinde des Volkes“ beschimpft).

Und es gibt noch mehr, über das man sich angesichts der Wiederwahl Trumps wundern kann. Viele Trump-Wähler haben keinen höheren Bildungsabschluss und können etwa die längerfristigen Folgen der Trump'schen Zollpolitik nicht abschätzen. Sie sind womöglich begeistert über die Einnahmen, die durch die Zölle in die Staatskasse fließen und ahnen dabei nicht, dass ein großer Teil dieser Einnahmen von den amerikanischen Verbrauchern bezahlt werden muss, so, wie andere Steuern auch.

Ironie oder Sarkasmus helfen wenig, wenn Wählerinnen und Wähler am Ende gegen die eigenen Interessen wählen. Vielleich ahnen sie, dass die Federal Reserve (FED) als Währungshüterin unabhängig von der Regierung agieren sollte. Doch wenn der FED-Chef Jerome Powell – so sagt es Donald Trump immer wieder – zu dumm sei für seinen Job, dann ist es doch ok, dass er gefeuert wird.

Gegen die politischen und wissenschaftlichen Eliten hat Trump schon in seinem ersten Wahlkampf gewettert. Mit der Harvard University oder der Smithonian Institution haben viele Trump-Wähler nichts am Hut und finden es gut, dass ihnen der Präsident die Flügel stutzen will. Was jedoch Trumps Krieg gegen höhere Bildung und große Kultur langfristig für die amerikanische Gesellschaft bedeutet, ahnen sie nicht oder ist ihnen gleichgültig. Donald Trump ist noch mehr als drei Jahre im Amt und hat damit noch viel Zeit, gravierende Fehler zu machen.

Trump lässt am Wahlverfahren „operieren“

Die genannten Zahlen und Kurven der New York Times zeigen, das der Zustimmungswert für Trumps Job-Performance längere Zeit bei 43 % lag. Nur noch die MAGA-Treuen stehen hinter ihm. Jamelle Bouie nennt in seiner New York Times-Kolumne den Grund: Die wichtigsten MAGA-Themen – Einwanderung, Verbrechen und Wirtschaft – scheinen bei der Mehrheit seiner Wähler nicht mehr so bedeutsam zu sein wie bei der Wahl. Bouie stellt fest, dass die große Mehrheit die Art und Weise ablehnt, wie Trump mit den Medienvertretern umgeht, die nicht seiner Meinung sind. „Kein anderer Präsident – nicht einmal Trump selbst in seiner ersten Amtszeit – war zu dem Zeitpunkt seiner Präsidentschaft so unpopulär,“ fasst Jamelle Bouie zusammen (*nytimes.com,* 1.10.25; Jamelle Bouie: „'The Most Epic Political Victory Our Country Has Ever Seen' Is Nothing oft he Kind“).

Demonstriert wurde in verschiedenen Städten gegen das oft brutale Vorgehen der Beamten der Einwanderungsbehörde ICE. Nach Darstellung des Heimatschutzministeriums geht es dabei um Einsätze gegen „Kriminelle und Ausländer“. Details dazu nennt das Ministerium jedoch nicht.

Bemerkenswert war die nahezu einstimmig beschlossene Erklärung gegen die Massenabschiebung von Immigranten, die von den katholischen Bischöfen bei ihrem jährlichen Treffen am 12.11.25 in Baltimore verabschiedet wurde. Die Konferenz schloss sich damit einem Aufruf von Papst Leo XIV an, der für die Immigranten gesprochen hatte: „Wir sind erschüttert, wie sich in unserem Volk angesichts der Sammlung persönlicher Daten und durch die Verschärfung der Einwanderungsvorschriften ein Klima der Angst und Besorgnis ausgebreitet hat. Wir sind betrübt über die gegenwärtigen Debatten und die Verschmähung von Immigranten. Wir sind betroffen über die Verhaftungen und die Zustände in den Haftanstalten und das Fehlen von seelsorgerischem Beistand dort.“

(Quellen:

tagesschau.de, 9.9.25: „Trump-Regierung verstärkt Razzien gegen Migranten in Chicago“; *nytimes.com,* 12.11.25: „Catholic Bishops Rebuke U.S. ‚Mass Deportation‘ of Immigrants“).

Auch Trump und seine Demoskopen können die Zahlen lesen: Sie scheinen nicht hoch genug, um die gegenwärtige hauchdünne Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus bei den Zwischenwahlen im November 2026 zu halten. Bei den Zwischenwahlen ist erfahrungsgemäß die Wahlbeteiligung geringer als bei Wahlen, bei denen es auch um die Präsidentschaft geht. Deshalb greift Trump wieder in die alte Trickkiste, um zum einen Zweifel am korrekten Ablauf der Wahlen zu säen und um die Amerikaner von den Urnen fernzuhalten, die wahrscheinlich die Demokraten wählen. Trumps ganz unterschiedliche Reaktionen 2020 (als er verlor) und 2024 (als er gewann) zeigen, er hat zwei völlig konträre Vorstellungen über Wahlen: Verliert er, war seiner Ansicht nach Betrug im Spiel; gewinnt er, war alles ok.

Am 24.8.25 beschäftigte sich Barton Gellman, ein Journalist, Pulitzer Preisträger und Berater am Brennan Center for Justice an der New York University, in einem NYT-Gastbeitrag mit Trumps Vorstellungen, wie er – entgegen ausdrücklichen Verfassungsbestimmungen – Einfluss auf die Durchführung von Wahlen nehmen will. Am 18.8.25 hatte Trump auf seiner Plattform Truth Social gegen Wahlfälschungen gewettert und angekündigt, er wolle mit einem Regierungsdekret für Ehrlichkeit in den Midterms 2026 sorgen. Trump schrieb unter anderem, der „Briefwahl-Schwindel und die Wahlmaschinen, die eine totale Katastrophe seien“, müsse aufhören – „Sofort!!!!“ Trump teilte mit, die besten Juristen seinen gerade dabei, dieses Regierungsdekret zu entwerfen.

Barton Gellman bezweifelte diese Ankündigung Trumps, denn Artikel I Section 4 der Verfassung legt fest, dass „der Zeitpunkt, der Ort und die Art und Weise“, wie die Wahlen für den Senat und das Repräsentantenhaus durchzuführen sind, von der Legislative jedes Staates vorgeschrieben werden. Zwar hat der Kongress das Recht, sich über Gesetze der Bundesstaaten hinwegzusetzen, der Präsident hat dabei jedoch keine gesetzliche Zuständigkeit, außer das Gesetz des Kongresses zu unterschreiben.

Gellman stellte angesichts dieser Rechtslage fest, kein kompetenter Jurist könne Trump mit gutem Gewissen erklärt haben, das „die Staaten lediglich die Beauftragten der Bundesregierung bei der Auszählung und beim Tabulieren der Wahlerstimmen“ sind. Und tatsächlich ruderte das Weiße Haus am nächsten Tag zurück. Die Pressesprecherin Karoline Leavitt erweckte dabei den Eindruck, der Präsident habe in dieser Sache nun seine Zielrichtung geändert und strebe die Zusammenarbeit mit dem Kongress und den Bundesstaaten an. Damit hat Trump zwar die ursprüngliche Absicht aufgegeben, entgegen den Bestimmungen der Verfassung unmittelbar in die Kompetenzen der Bundesstaaten einzugreifen, aber nach wie vor versucht er, Wahlen in seinem Sinn durchführen zu lassen.

Barton Gellman fasst die Bestrebungen Trumps so zusammen: „Seit Beginn seiner zweiten Amtszeit hat der Präsident und seine Truppe in noch nie dagewesener Weise das System freier und fairer Wahlen angegriffen.“ Unter anderem hat Trump versucht, Wählern durch eine Verfügung das Wahlrecht dadurch zu nehmen, dass jeder, der sich als Wähler registrieren lassen will, einen Pass oder ein vergleichbares Dokument zum Nachweis der amerikanischen Staatsangehörigkeit vorlegen müsse. Allerdings besitzen nur etwa die Hälfte der Amerikaner einen Pass und etwa 21 Millionen Amerikaner haben kein vergleichbares Dokument. Diese Anordnung Trumps hätte die Neuregistrierung von etwa 10 Prozent der nach dem Gesetz wahlberechtigten Bürger verhindert. Durch eine Vielzahl von Klagen – eine davon wurde vom Brennan Center der University of New York eingereicht – wurde diese Anordnung Trumps durch Gerichtsentscheidungen blockiert.

(Quellen:
nytimes.com, 18.8.25: „Trump says he wants to get rid of mail-in ballots“;
nytimes.com, 24.8.25: „Trump’s Stunning Power Grab on Elections“; Gastbeitrag von Barton Gellman).

Gerrymandering – Das Wundermittel, um Wahlen zu gewinnen

Gerrymandering ist eine zweifelhafte Methode, die mit dem Ziel eingesetzt wird, in einem Bundesstaat möglichst viele Sitze im Repräsentantenhaus zu gewinnen. Bei Wikipedia wird Gerrymandering so beschrieben:

> „Gerrymandering bzw. Wahlkreisverschiebung ist ein politikwissenschaftlicher Begriff, der die Verschiebung von Wahlkreisgrenzen in einem Mehrheitswahlsystem bezeichnet, um die eigenen Erfolgsaussichten zu maximieren. Ein reines Verhältniswahlrecht schließt Gerrymandering aus.“

In dem Begriff „Gerrymandering“ stecken die beiden Worte „Gerry“ und „Salamander“. Elbridge Gerry, der Gouverneur von Massachusetts, setzte 1812 ein Gesetz über den Neuzuschnitt der dortigen Wahlkreise in Kraft, das seine Partei begünstigte. Einer der neuen Wahlkreise sah aus wie ein Salamander – der Begriff „Gerrymander“ war geboren.

In den Vereinigten Staaten ist das parteipolitische Zuschneiden von Wahlkreisen noch weit verbreitet, denn häufig ist die Legislative oder die Exekutive (der Gouverneur) – also jeweils eine politische Institution – für den Zuschnitt der Wahlkreise zuständig. Das Ergebnis ist verblüffend: Nur noch etwa einer von 15 Sitzen im Repräsentantenhaus bietet beiden Parteien

gleiche Siegchancen. Der große Teil der 435 Sitze im House ist so gut wie unveränderbar in der Hand einer der beiden Parteien (*Wikipedia:* Stichwort „Gerrymandering).

Gegenwärtig sitzen 219 Republikaner und 214 Demokraten im Repräsentantenhaus; 2 Sitze sind vakant. Gerrymandering ist für Trump angesichts dieser wenig stabilen Mehrheit seiner Partei ein willkommenes Mittel, um die GOP-Mehrheit bei den kommenden Midterms auszubauen. Entgegen der üblichen Praxis, jeweils alle 10 Jahre, nach der Volkszählung, die Wahlbezirke neu zuzuschneiden, stieß Trump diesen Prozess bei seinem loyalen Gefolgsmann, Gouverneur Gregg Abbott aus Texas, außer der Reihe an. „Donald Trumps Wunsch ist Texas' Befehl", schrieb Peter Burghardt in der Süddeutschen Zeitung. Die Demokraten haben in der Legislative des Bundesstaates keine Mehrheit, doch sie wehrten sich tapfer – auch die Heilbronner Stimme berichtete über die Auseinandersetzung im Parlament in Austin, TX. Sie konnten die Abstimmung über das „Redistricting" zwei Wochen verzögern, indem die Mehrzahl der Abgeordneten der Demokraten Texas verließ und damit das Repräsentantenhaus des Bundesstaats beschlussunfähig machten. Doch irgendwann mussten sie nach Texas zurück, hatten aber von den Parteifreunden in Kalifornien und New York Unterstützungszusagen erhalten.

Am 20.8.25 brachten die Republikaner ihren Gesetzentwurf in Texas durch. Die Wahlkreise sind nun so zugeschnitten, dass aller Wahrscheinlichkeit nach 5 zusätzlich Sitze für die Republikaner im House in Washington herauskommen werden. Donald Trump hatte zuvor auf Truth Social geschrieben: „Bitte verabschiedet diese Landkarte so schnell wie möglich. Thank you Texas!"

Mit Texas hatte auf Trumps Geheiß die Neueinteilung der Wahlkreise – außer der Reihe – ins Rollen gebracht, doch die Sache war damit noch lange nicht zu Ende. Gavin Newsom, der Gouverneur von Kalifornien, hat den Gegenangriff der Demokraten rasch in die Wege geleitet. Dort gab es am 4.11.25 eine außerordentliche Volkabstimmung zur Neugliederung der Wahlbezirke, durch die mit aller Wahrscheinlichkeit 5 zusätzliche Sitze für die Demokraten im Repräsentantenhaus herausspringen werden. Somit wäre das Manöver in Texas wieder ausgleichen. Gouverneur Newsom und die Demokraten haben diese Volksabstimmung mit 64.4% souverän gewonnen. Die Republikaner haben eine Klage angekündigt.

Kathy Hochul, die demokratische Gouverneurin des Bundesstaats New York hat ebenfalls entsprechende Schritte angekündigt: „Diese Zeiten machen es notwendig, Feuer mit Feuer zu bekämpfen." Auch in den republikanisch regierten Staaten Indiana, Missouri, Ohio, South Carolina und evtl. auch in Florida wird über „Redistricting" geredet. Was bei all dem bei den Midterms herauskommen könnte ist schwer vorhersehbar. Die New York Times hat es versucht, doch im NYT-Bericht gibt es derart viele „Wenns und Danns", dass ich ihn hier nicht darstellen will. Zudem hat ein Bundesgericht in Texas die dortigen Pläne am 18.11.25 geblockt, doch der Bundesstaat hat dagegen umgehend Widerspruch beim Supreme Court angekündigt.

(Quellen:

Heilbronner Stimme, 6.8.25: „Machtkampf in Texas";
nytimes.com, 10.8.25: „'Fighting Fire With Fire,' Democrats on Defense as Texas Redistricting Looms";
nytimes.com, 21.8.25: „Newsom Signs California Redistricting Plan to Counter Republicans";
sueddeutsche.de, 21.8.25: „Trumps Befehl und Newsoms Revanche";

nytdirect@nytims.com, 31.8.25: „If Redistricting Goes as Expected, Which Party Will Come Out Ahead?“;
nytimes com, 18.11.25: „Federal Court Blocks Texas‘ Republican-Friendly Congressional Map“).

Doch alle Freude und Zuversicht und auch die Berechnungen einer künftigen Sitzverteilung im House, nachdem die verabschiedete Wahlbezirk-Landkarte in Texas gerichtlich gestoppt wurde, war verfrüht. Auf Grund der von Texas eingereichten Klage gegen das genannte Urteil verfügte der Supreme Court am 21.11.25 mit einer Eilentscheidung, dass die neue Wahlkreiseinteilung in Texas bis zur endgültigen Entscheidung in der Sache Bestand haben soll. Das endgültige Urteil des Supreme Court wird Ende Juni/Anfang Juli d.J. erwartet. Die Midterms finden am 3.11.26 statt *(nytimes.com,* 21.11.25: „Supreme Court, For Now, Keeps in Place Texas Republican-Friendly Congressional Map“).

Die New York Times versuchte in einem umfangreichen Editorial einen Ausweg aus den durch die Gerrymandering-Schlacht entstehenden Gefahren für die Demokratie und stellte eindeutig fest: „Mr. Trumps Gerrymandering Kampagne ist der zynische Versuch, den Wählerwillen zu untergraben. Nie zuvor hat eine größere Anzahl von Bundesstaaten gleichzeitig begonnen, mitten im zehnjährigen Volkszählungskreislauf die Wahlkreise für den Kongress neu festzulegen. Das Ziel ist offenkundig: Den Republikanern zu ermöglichen, die Kontrolle im Kongress zu behalten, ohne Rücksicht auf die Mehrheitsmeinung (der Wähler).“

Das Editorial kritisiert vor allem eine 5 : 4 Entscheidung der konservativen Mehrheit des Supreme Court aus dem Jahr 2019, in der ausgeführt wurde, in der Verfassung seien keine Hinweise enthalten, um die Fairness (von Wahlen) definieren zu können. Dies verbiete es den Bundesgerichten, dazu „ihre eigenen Vorstellungen“ einzubringen. Dazu die Anmerkung der New York Times: „Dies war eine kurzsichtige und unnötig enge Entscheidung. Im Verlauf der amerikanischen Geschichte haben sich die Gerichte immer wieder auf das Versprechen der Verfassung bezogen, und mit dem Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz die Demokratie geschützt.“ Bereits in den 1960er Jahren seien Wahlbezirke mit stark unterschiedlicher Größe untersagt und der Grundsatz „Ein Mann eine Stimme“ aufgestellt worden.

Was könnte man heute tun? Den Republikanern rät der NYT Editorial Board, mehr Rückgrat zu zeigen als die Parteifreunde in Texas und auf weitere Gerrymandering-Pläne zu verzichten. Die New York Times sieht einen Funken Hoffnung, nachdem die Republikaner in Indiana vor kurzem erklärt haben, dem Verlangen des Präsidenten nicht zu folgen und die Landkarte des Staates neu zu zeichnen. Zwar war die Entscheidung des Bundesgerichts in Texas ein Rückschlag für Mr. Trumps Versuch, die Kongress-Landkarten weiterer Staaten zu kipp. Doch letztlich ist das Ergebnis des anstehenden Verfahrens vor dem Supreme Court ungewiss.

Die Demokraten sieht der Editorial Board in einer schwierigen Lage: „Es wäre naiv, von den Demokraten zu erwarten, dass sie nur zusehen, während die Republikaner jeden kleinen Vorteil nützen, um die Macht zu erhalten. Dies wäre für die Demokraten insbesondere vor den Midterms 2026 schädlich, die ihnen die Chance eröffnen, Mr. Trump in Schach zu halten, der die verfassungsmäßige Ordnung Amerikas herausfordert.“ Hoffnungsvoll steht im Editorial: „Wenn Texas zurückzieht, wird Kalifornien das Gleiche tun.“ Doch diese Ankündigung wurde wenige Tage vor der Abstimmung aus der Vorlage gestrichen.

Auf längere Sicht unterstützt die New York Times die Bildung von überparteilichen oder von beiden Parteien gleich stark besetzt Ausschüssen, um dort fair zugeschnittene Wahlbezirke zu bilden. „Fairness bedeutet dabei, dass die in den Kongress und die Landesparlamente gewählten Abgeordneten das Volk widerspiegeln, das sie vertreten. Auf diese Art und Weise wird inzwischen in knapp 20 Bundesstaaten verfahren – bemerkenswerterweise meist in „blauen" (demokratisch regierten) und in „purpurnen" Staaten (den sog. Swings States). „Erhebungen zeigen, dass viele Amerikanerinnen und Amerikaner das Gerrymandering verabscheuen. Die Demokraten sollten betonen, dass sie die Partei der Fairness sind" *(nytimes.com,* 22.8.25; The Editorial Board: „A Way Out of Gerrymandering's Mutually Assured Destruction").

Die USA – Ein Land und eine Gesellschaft im Dauerstress

In dieser Betrachtung ging es mir vor allem darum, darzustellen wie Donald Trump und seine Truppe versuchen, die Machtbefugnisse des Präsidenten zu Lasten der Legislative zu erweitern. In beiden Kammern des US-Kongresses haben gegenwärtig die Republikaner – also Trumps eigene Partei – eine knappe Mehrheit. Doch entgegen den Interessen des Kongresses lässt die Führung der GOP im Senat und im Repräsentantenhaus diese Versuche zu. Trump war daher in der jetzigen Amtszeit mit seinen Bemühungen immer wieder erfolgreich.

Doch darüber hinaus gibt es in Amerika Entwicklungen, die daran zweifeln lassen, dass die USA ein an der Rechtsstaatlichkeit orientiertes Gemeinwesen sind. Einige dieser Entwicklungen seien hier genannt:

- Der Rachefeldzug Trumps gegen Kritiker und Opponenten
  (z.B. gegen den früheren FBI-Chef James Comey; gegen Letitia James, die Generalstaatsanwältin von New York; gegen John Bolten, den Berater für nationale Sicherheit in seiner ersten Amtszeit und gegen andere mehr.
  Das an sich unabhängige Justizministerium ist unter Generalstaatsanwältin Pam Bondi zum willfährigen „Racheinstrument" Trumps geworden (*sueddeutsche.de,* 28.9.25: „Anklage gegen Comey: Trumps Rachefeldzug gegen seine Widersacher")

- Trumps Krieg gegen kritische Medien
  (z.B. Trumps Klage gegen die New York Times)

- Trumps öffentliche Versuche, auf die Entscheidungen der Federal Reserve (FED) Einfluss zu nehmen

  Die Militarisierung der Gesellschaft
  z.B. durch die Entsendung der Nationalgarde und regulärer Streitkräfte nach Los Angeles, Memphis, Chicago, Portland u.a.

- Der Kulturkampf gegen führende Universitäten und andere Bildungs- und Kultureinrichtungen der USA; z.B. Harvard und die Smithonian Institution.

Die amerikanische Gesellschaft befindet sich durch das ständige Buhlen des Präsidenten um öffentliche Aufmerksamkeit im Dauerstress. Trump bedient damit den harten Teil seiner Wählerschaft, der von ihm immer wieder die Einlösung seiner Wahlkampfversprechen – nicht zuletzt in der Migrationspolitik – erwartet. Die MAGA-Bewegung hat für die USA Größe, Wohlstand und Weltgeltung versprochen und – insbesondere um das Land im Inneren umzukrempeln – musste Trump möglichst große Teile der Gesellschaft hinter sich bringen. Doch durch eine Reihe von Maßnahmen – nicht zuletzt durch den Krieg gegen Bildung und Kultur – vertieft er die Spaltung. Es wächst die Gefahr, dass sich in der Gesellschaft im Laufe der Zeit ein Gefühl rückwärtsgewandter Biederkeit und Selbstgefälligkeit ausbreitet.

An der Spitze der Vereinigten Staaten steht ein Mann, der fest daran glaubt, einer der bedeutendsten Präsidenten in der Geschichte Amerikas zu sein. In seiner nahezu einstündigen Rede am 23.9.25 vor der UN-Vollversammlung hat Trump die Vereinten Nationen geschmäht, sich über die Energie- und Klimapolitik von Verbündeten lustig gemacht und vor der Weltöffentlichkeit abfällige Bemerkungen über seinen Vorgänger Joe Biden vorgetragen. Auf der Trauerfeier für den ermordeten Unterstützer Charlie Kirk am 21.9.25 sagte Trump – den Aussagen der Witwe Kirks widersprechend – er hasse seine Opponenten und könne ihnen nichts Gutes wünschen. Bei seiner Rede vor Generälen und hohen Militärs am 30.9.25 beschwor er einen „Krieg im Inneren“ und bereitete das Militär auf ein künftiges Kampffeld in amerikanischen Städten vor. „Wir sollten einige dieser gefährlichen Städte als Übungsgelände für unser Militär nutzen“, zitiert ihn die Süddeutsche Zeitung *(sueddeutsche.de,* 30.9.25: „Wir sollten einige dieser gefährlichen Städte als Übungsgelände für unser Militär nutzen“). Trump hatte dabei ausschließlich demokratisch regierte Städte im Visier.

Das Trump’sche Sündenregister ist lang; habe ich es hier vollständig wiedergegeben? Dieser Präsident ist kein Versöhner und Tröster des Landes, er gießt immer wieder Öl ins Feuer. In der Tat: Die Vereinigten Staaten sind ein Land im Dauerstress.

Welchen Schluss kann man aus der Ankündigung des US-Finanzministeriums ziehen, man bereite anlässlich des 250. Jahrestags der Unabhängigkeit im kommen Jahr eine Ein-Dollar-Münze mit dem Abbild von Präsident Trump vor? Der bereits veröffentlichte Entwurf zeigt auf der Frontseite das Profil Donald Trumps und auf der Rückseite sein Abbild, mit geballter Faust vor der amerikanischen Flagge stehend und darunter die Worte: „Fight, Fight, Fight“, die er kurz nach dem Attentatsversuch am 13.7.24 ausgerufen hatte. Die Münze soll offizielles Zahlungsmittel werden und 2026 in Umlauf gehen.

Im Bericht der New York Times wird dazu vermerkt, es sei nicht klar, ob die Abbildung Trumps auf einer Münze gezeigt werden kann. Ein Gesetz von 1866 schreibt die Tradition fest, dass nur verstorbene Personen auf dem Geld der Vereinigten Staaten erscheinen können, um den Eindruck zu vermeiden, Amerika sei eine Monarchie *(nytimes.com,* 3.10.25: „Treasury Plans to Mint $1 Commemorative Trump Coin“).

Sind die USA auf dem Weg in eine Autokratie?

Diese Frage wird in den Medien – und dies nicht nur in Amerika – seit der Wahl Trumps im November 2024 immer wieder diskutiert. Der Stapel der Zeitungsberichte darüber wird ständig höher; ihn abzuarbeiten würde einen langen Bericht ergeben. Einbezogen werden müsste dazu auch das Buch der amerikanischen Historikerin Anne Applebaum „Die Achse

der Autokraten“, das zwar bereits vor der Wahl Trumps erschien, jedoch wertvolle Aussagen zur Entwicklung moderner Autokratien – auch in Europa – enthält *(Anne Applebaum* „Die Achse der Autokraten“; Siedler Verlag München; Originalausgabe bei Doubleday, New York, 2024) Anne Applebaum ist Trägerin des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, 2024. Zu erwähnen ist auch das Buch „Wie Demokratien sterben“ von Steven Levitsky und Daniel Ziblatt, dessen Originalausgabe 2018 (also während der ersten Amtszeit Trumps erschienen ist.
Hier sollen nur ein paar Aspekte der laufenden Diskussion angesprochen werden.

Am 15.1.25 – fünf Tage vor der Amtseinführung von Donald Trump – veröffentlichte die New York Times einen Gastbeitrag der Wissenschaftlerin Kim Lane Scheppele von der Princeton University und des Wissenschaftlers Norman Eisen von der Brookings Institution mit der Überschrift: „Are We Sleepwalking Into Autocracy?“. Beide haben Erfahrungen zu diesem Thema durch ihr berufliches Wirken in Osteuropa gesammelt; Kim Lane Scheppele in Ungarn und Norman Eisen in der Tschechischen Republik. So konnten sie in ihrer Ausarbeitung berichten, wie Viktor Orban in Ungarn und die PiS-Partei in Polen die demokratischen Elemente in ihren Ländern aussonderten und z.B. Orban Ungarn in einen „illiberalen Staat“ umbaute: „Es war ein besonders rascher Zusammenbruch einer gefestigten Demokratie, der hier zu beobachten war.“

Es sei auch andernorts zu beobachten gewesen – so wird im NYT-Artikel vermerkt, „entsthen Autokratien nicht aus der Laune eines Führers heraus, sondern sie werden erst verankert und wirksam, wenn sie rechtlich bestätigt werden – Es ist die Verwendung legaler Mittel zum autokratischen Zweck. Die beiden Verfasser bezeichnen diesen Prozess des legalen Umbaus der Demokratie in eine Autokratie als das „Orban’sch Drehbuch.“. „Mr. Orban benutzte das Recht als Waffe gegen Ungarns Demokratie!“ schreiben Scheppele und Eisen in der New York Times.

Und so lief „Orbans Drehbuch“ in Ungarn ab: Als er 2010 an die Macht kam, entfesselte er ein ganzes Gesetzes-Paket mit den Zielen, die Gerichte auf die Knie zu zwingen, die Medien in Angst zu versetzen und die politische Opposition auszuschalten. Er führte die Macht beim sich ständig erweiternden Amt des Premierministers zusammen und gab, am Kabinett vorbei, Anweisungen unmittelbar an die Verwaltung, die er zuvor durch Änderungen im Beamtengesetz umgebaut hatte. Entlassen wurden Beamte, die sich nicht fügten, und Orban besetzte die Schlüsselpositionen mit seinen Vertrauten. Sein Aufstieg zur Macht wurde begleitet mit aggressiven Verleumdungsklagen, um seinen Kritikern die Ressourcen zu nehmen und neue Herausforderer abzuschrecken. Die Gerichte besetzte er mit Loyalisten. Soweit die Kurzbeschreibung von „Orbans Drehbuch“, das in Ungarn umgesetzt wurde. Es hatte auch für die PiS-Regierung in Polen als Vorlage gedient, wo sich die Regierung von Donald Tusk noch immer mit den Folgen abmühen muss.

Es ist bekannt, dass amerikanische Republikaner – nicht zuletzt Steve Bannon, Trumps Chefstratege im Weißen Haus zu Beginn der ersten Amtszeit – immer wieder Ungarn besuchten. Der Bericht in der New York Times bestätigt, dass wesentliche Teile des Trump’schen MAGA-Programms in Ungarn ihren Ursprung haben. Unter anderem wird darauf hingewiesen, dass Trumps Begeisterung für „Orbans Drehbuch“ nicht überraschen kann: Orban hatte bis Dezember 2024 – also noch vor Trumps Amtseinführung – Mar-o-Lago bereits dreimal besucht. Orbans Leute haben die Agenda für Trumps zweite Amtszeit wesentlich mitgestaltet (*nytimes.com,* 15.1.25: „Are We Sleepwalking Into Autocracy?“; Gastbeitrag von Kim Lane Scheppele und Norman Eisen).

Vergleicht man die Entwicklungen in Orbans Ungarn und in Polen während der PiS-Regierung mit dem, was Donald Trump in Amerika Schritt für Schritt durchzog und noch immer durchzieht, wird deutlich: Autokraten „lernen“ voneinander und stacheln sich gegenseitig an. Ihr Werkzeugkasten enthält eine Reihe ähnlicher Maßnahmen, doch sie entwickeln auch Eigenes, Spezifisches, um sich an der Macht zu halten oder ihre Macht zu erweitern. Ein spezifisches amerikanisches Werkzeug ist der Einsatz der Nationalgarde und des Militärs, um die Administration in demokratisch regierten Städten gefügig zu machen. „Der Streit über den Einsatz der Nationalgarde wird zur Kraftprobe zwischen US-Präsident Donald Trump, den demokratischen Gouverneuren und der Justiz“, steht in einem Bericht der Heilbronner Stimme. Der Präsident verkündete im Weißen Haus, Portland sei eine „vom Krieg verwüstete Stadt“, in der „Anarchisten für chaotische Zustände sorgten.“ Fernsehberichte aus Portland zeigten, dass diese Beschreibung keinesfalls der Wirklichkeit entspricht. „Was in Los Angeles, Washington D.C., Memphis, Chicago und Portland geschah und noch geschieht, passiert nicht zufällig.“ JB Pritzker, der demokratische Gouverneur von Illinois, beschuldigte die Trump-Regierung, einem regelrechten Drehbuch zu folgen *(Heilbronner Stimme,* 8.10.25: „Ringen um die Macht in den amerikanischen Städten“).

Dieses Drehbuch könnte etwa so aussehen: Zunächst werden die Stadtoberen der Unfähigkeit bezichtigt und mit unfreundlichen Schimpfnamen belegt. Dann folgen Drohungen und Ankündigungen, die Nationalgarde und das Militär zu schicken. Regt sich dagegen Widerstand oder gibt es Protestaktionen, ist dies für Trump der Beweis, dass die Stadt in Unordnung ist und die Bundeseinrichtungen dort „geschützt“ werden müssen. Was als nächstes geschieht, ist offen. Trump hat angekündigt, man werde sich „Stadt für Stadt“ vorknöpfen müssen. Zu erwarten ist, dass zum 250. Tag der Unabhängigkeit am 4. Juli 2026 Panzer durch Washington D.C. rollen werden und Flugzeug über das Weiße Haus donnern. Die MAGA-Fans werden wohl begeistert zusehen.

Am 3.7.25 untersuchte Reymer Klüver in der Süddeutschen Zeitung das Autokratie-Thema erneut. Mit dem Blick von außen stellte er fest: „Amerika driftet dramatisch ab in Richtung Autokratie.“ Das Land verabschiede sich von seiner Rolle als Leitstern der Freiheit.

Klüver beschreibt in seinem Kommentar, wie durch eine Entscheidung der konservativen Mehrheit des Supreme Court die umgehende juristische Kontrolle eines Regierungsdekrets verhindert wurde. Die in Frage stehende Trump’sche Entscheidung wurde nicht etwa durch eine einstweilige Verfügung vorläufig gestoppt, sondern die klagenden Parteien auf den Weg durch die Instanzen verwiesen. Erst wenn die Klage das Oberste Gericht erreicht hat, könne das Dekret gestoppt werden. Bis dahin gelte, was der Präsident verordnet hat.

In der Sache ging es um eine gewichtige verfassungsrechtliche Frage, nämlich um die amerikanische Staatsbürgerschaft für Kinder, die auf amerikanischem Boden geboren wurden. Laut Verfassung erhält jede Person, die auf dem Boden der Vereinigten Staaten geboren wird, automatisch die amerikanische Staatsbürgerschaft. Donald Trump hat mit einem Regierungsdekret diese Passage der Verfassung außer Kraft gesetzt und der Supreme Court hat eine endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit dieses Dekrets auf die lange Bank geschoben. Die rechtlichen Folgen beschreibt Reymer Klüver so: „Das kommt einem höchstrichterlichen Gütesiegel für Donald Trumps Konzept einer imperialen Präsidentschaft gleich, demzufolge der Mann im Weißen Haus in eigener Machtvollkommenheit und unter Umgehung des Kongresses, ja selbst in Missachtung geltender Gesetze, regieren kann. Der Supreme Court bestätigt damit, was Trumps Vize JD Vance so formulierte: „Richter dürfen die legitime Macht der Exekutive nicht kontrollieren.“

(Der Supreme Court hat damit seine Aufgabe, Hüterin der Verfassung zu sein, an der Garderobe des Weißen Hauses abgegeben). Klüver schreibt dazu: „Die Entscheidung des Obersten Gerichts räumt die Justiz als Hindernis auf dem Weg in eine präsidentielle Autokratie weitgehend aus dem Weg. Der Kongress funktioniert ohnehin nicht mehr als Kontrollinstanz (wie es die Verfassung eigentlich vorsieht). Die servilen republikanischen Mehrheiten in beiden Häusern stimmen am Ende jeweils so, wie es der Präsident vorgibt …" *(sueddeutsche.de,* 3.7.25: „Amerika driftet dramatisch ab in Richtung Autokratie"; Kommentar von Reymer Klüver).

Wieder einige Wochen später – am 30.9.25 – bestätigte der amerikanische Schriftsteller und Journalist George Packer in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung das düstere Bild. Der Niedergang der USA gehe schockierend schnell voran. Die gegenwärtige Verfasstheit der Vereinigten Staaten beschreibt Packer so: „Wir haben immer noch eine Verfassung, wir haben Gesetzgeber, wir haben eine Justiz, und ich hoffe, dass wir nächstes Jahr noch Wahlen haben werden. Ich kann einen sehr kritischen Artikel über die Trump-Regierung schreiben, und wenigstens bisher ist niemand aufgetaucht, um mich daran zu hindern. Wir haben also gewisse Freiheiten. Aber faktisch gibt es beinahe keine Kontrolle mehr über Trump. Niemand hindert ihn daran, immer mehr Macht und mehr Geld zu erlangen. Ich verstehe nicht, wie man das noch als Demokratie bezeichnen kann. Ich bezeichne es als „Zombie-Demokratie": Es sieht bloß noch aus wie eine Demokratie."

Wahrlich ein vernichtendes Urteil über ein Land, das im nächsten Jahr den 250. Jahrestag seiner Unabhängigkeit feiert. Ein Land, das sich 1787 eine Verfassung gegeben hat, in der durch Checks and Balances die einzelnen Zweige der Staatsgewalt sich gegenseitig kontrollieren und sich im Rahmen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bewegen sollen. George Packer schreibt von der Bedeutung der „kleinen Dinge" in einer solchen Staats- und Regierungsstruktur. Auf die Frage, wann genau die Grenze zwischen einer Demokratie und einem autoritären Staat überschritten wird, antwortete er mit Bedacht: „Die Grenze ist verschwommen, man weiß nicht, wann genau man sie überschritten hat. Demokratien erodieren. Menschen, die in Demokratien gelebt haben, die zu autoritären Staaten verkommen sind wissen, dass es ein langer Prozess sein kann. Das Leben scheint normal zu sein, man kann immer noch Football-Spiele im Fernsehen anschauen, wir können immer noch dieses Gespräch führen, aber etwas hat sich dramatisch verändert. Es zeigt sich an kleinen Dingen." Packer erzählt dazu, dass es in Bibliotheken normalerweise ziemlich laut zugeht. Doch seit dem Mord an Charlie Kirk und der Reaktion der Regierung darauf, flüstern die Leute plötzlich nur noch. „An solchen Dingen zeigt sich, dass etwas nicht mehr stimmt."

Ich kann verstehen, dass viele Leute solche kleinen Veränderungen in ihrem Umfeld nicht erkennen können. Doch ich kann nicht verstehen, dass viele Leute in Amerika einem Märchenerzähler und Sprüchemacher wie Donald Trump glauben und vertrauen, den vielen warnenden Stimmen aus allen Teilen der Gesellschaft aber nicht. Doch dieses Phänomen tritt nicht nur in Amerika auf.

Es warnen immer wieder Leute aus Bildung und Wissenschaft und aus der Wirtschaft, sowohl aus dem linken und dem rechten Spektrum und auch aus der Mitte der Gesellschaft, sogar der neue amerikanische Papst hat deutlich vor Trump gewarnt. Doch die Warnrufe scheinen zu verhallen, ohne gehört zu werden. Wenn etwa eine deutsche Geschäftsfrau vor den Kommunalwahlen am 14.9.25 in Nordrhein-Westfalen sagt, sie wolle es nun einmal mit der AfD probieren, man könne es ja später wieder ändern, so ist dies nicht nur oberflächlich gedacht, sondern höchst gefährlich. Durch eine starke rechte Fraktion im Stadtrat von Hagen

in Westfalen kann zwar das Grundgesetz nicht ausgehebelt werden, doch was ist, wenn es die Frau auch bei der nächsten Bundestagswahl „einmal probiert“?

Im Interview der Süddeutschen Zeitung mit George Packer fragte Charlotte Walser, die SZ-Korrespondentin in Washington D.C., was den neuen Autoritarismus auszeichne. Die Antwort Packers gilt nicht nur für die USA: „Seine vorherrschenden Emotionen sind Gleichgültigkeit und Zynismus. Kontrolliert wird mittels Ablenkung, Verwirrung und Spaltung. In heutigen autoritären Staaten werden Oppositionsparteien, die Presse oder zivilgesellschaftliche Gruppen nicht zerstört, aber sie verlieren mit der Zeit ihre Lebenskraft. Es gibt Wahlen, aber diese sind weder frei noch fair.“

George Packer hat ein überaus pessimistisches Bild über sein Land gezeichnet. Doch er resigniert nicht, er zieht sich nicht aus der Verantwortung für sein Land zurück. Auf die Frage, ob es irgendwann wieder so sein wird, wie vor der Trump-Ära, antwortete er zwar sehr ernst, aber nicht völlig hoffnungslos: „Die Geschichte läuft niemals rückwärts, sie ist also nicht reversibel. Ist der aktuelle Zustand dauerhaft? Ich bin nicht bereit, das anzunehmen. Es würde bedeuten, aufzugeben. Wir würden sagen, dass die Demokratie für immer vorbei ist. Das will ich nicht. Aber es ist gerade ein sehr dunkler Moment“ *(sueddeutsche.de,* 30.9.25: „Es sieht bloß noch aus wie eine Demokratie“; Interview mit dem Schriftsteller und Journalisten George Packer).